

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wochentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitung-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepostete Rollen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Betriebs-
 und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
 gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 2. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Handelsvertrags-Verhandlungen in Sicht.

—st— Wien, 20. Januar.

Was aus der Debatte des Reichstags über die konservative Interpellation schon deutlich zu erkennen war, wird jetzt auch in Wien und in Budapest bestätigt: daß von Seite des Deutschen Reiches an Oesterreich-Ungarn die dringende Aufforderung gerichtet worden ist, sich wegen des Termins der Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag schlüssig zu werden. Die erste dieser Anfragen ist schon im April des vorigen Jahres gestellt worden; sie ging damals freilich nicht weiter, als ob Oesterreich-Ungarn bereit sei, in Verhandlungen einzutreten. Die Antwort konnte natürlich nicht mehr als die theoretische Geneigtheit auszusprechen; über den Termin vermochte Oesterreich-Ungarn aus dem einfachen Grunde keine Zusicherung geben, weil die Grundlage für Verhandlungen, der autonome Zolltarif, noch nicht fertiggestellt ist und die unsicheren politischen Verhältnisse in beiden Staatshälften es unmöglich machen, über die voraussetzliche Beendigung der gesetzgeberischen Aufgabe eine Vorhergabe zu wagen. Die Sachlage hat sich jedoch seither wesentlich verschärft und wenn es auch gewiß ist, daß sich das Reich nicht entschließen wird, den Vertrag zu kündigen — bekanntlich ist er abgelaufen und kann jeden Tag mit einjährigem Ablaufstermin gekündigt werden — so will es dennoch mit den Verhandlungen angefangen sehen. Die Verträge sollen, wie Graf Hofadobsky darlegte, überhaupt nicht gekündigt, sondern durch neue ersetzt werden — so daß sie alle so lange gelten würden, als nicht neue ratifiziert sind. Das ist natürlich hauptsächlich durch die eigenen Interessen bedingt — wenn es auch in der Wirkung einer Rücksichtnahme auf das verbündete Oesterreich-Ungarn gleichkommt; eine Rücksicht, die im Budgetausfluß der österreichischen Delegation von dem Reichsrat über den Vorkurschlag des Ministeriums des Äußeren rühmend anerkannt wurde — gegenüber den österreichischen Dreihundertern, welche es nicht gelten lassen wollten, daß das Bündnis auch Oesterreich nahe und genügt habe.

Wie wird sich nun die Sachlage in Oesterreich-Ungarn gestalten? Es ist unzweifelhaft, daß man der „Anregung“ Deutschlands folgen und sich zum Eintritt in die Verhandlungen bereit erklären wird. Für morgen ist nach Wien bereits die Zollkonferenz der österreichischen und ungarischen Delegierten einberufen, welche die ersten vorbereitenden Schritte feststellen soll. Da die Verhandlungen wenn nicht im Februar, so doch sicher schon im März beginnen sollen, so ist keine Möglichkeit vorhanden, in die Verhandlungen mit dem fertigen autonomen Zolltarif einzutreten; man wird also die Verhandlungen einfach auf Grundlage des Zolltarifentwurfes führen — was sachlich auf dasselbe herauskommt, da an den Sähen, über welche sich die Regierungen zwei Jahre lang gestritten haben, durch die Parlamente ohnedies nichts geändert werden kann. Kompromittiert wird die Sachlage nur durch das famose ungarische Ausgleichsgesetz, das unter dem Namen Szellische Formel bekannt ist. Als nämlich das erste Ausgleichsprotokoll 1898 abgelaufen war und die Ungarn sich auf die § 14-Wirtschaft in Oesterreich diese weiter einlassen wollten, regelten sie die wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich „selbstständig“: das heißt, sie verlängerten nicht Gemeinschaft auf Grundlage der Reciprocity bis Ende 1907, aber dieses Verhältnis ist kein Vertrag mehr, was sonst der „Ausgleich“ war, sondern eine aus dem Selbstbestimmungsrechte Ungarns hervorgegangene freie Verfügung. In diesem Gesetze findet sich nun folgende Bestimmung: „Vor Beginn der Verhandlungen mit dem Auslande ist der autonome Zolltarif durch einen neuen autonomen Zolltarif zu ersetzen, welcher die landwirtschaftlichen und industriellen Interessen beider Staaten gleichmäßig schützt.“ Der Sinn dieser Bestimmung war natürlich nur der, Oesterreich zu zwingen, in die Verfassung eines neuen Tarifes zu willigen, bei den Unterhandlungen darüber auf den Compagnon einen Druck ausüben zu können — wogegen früher, im vertragsmäßigen Ausgleich, die Sache so war, daß der alte Zolltarif in Geltung blieb, wenn kein neuer zu stande gekommen war. Was bei einem Staate selbstverständlich ist — daß man sich, bevor man in Verhandlungen mit dem Auslande eintritt, das Gesetz giebt, das den Verhandlungen entspricht und die Stellung innerhalb ihrer aufs vorteilhafteste gestaltet — muß im Verhältnis zweier Staaten durch einen mechanischen Zwang herbeigeführt werden; welchen Zweck eben die citierte Bestimmung verfolgt. Die Buchstaben-Interpretation, in der man sich in Ungarn gefällt und die insbesondere von denen getätigt wird, welche an der Vermehrung der Schwierigkeit des Dualismus ein Interesse haben — von seinen Gegnern also —, hat nun aus der Bestimmung herausgelesen, daß Verhandlungen, noch so provisorischer, unverbindlicher Art, so lange nicht zulässig sind und also nicht begonnen werden dürfen, so lange der neue Zolltarif nicht Gesetz ist.

Die Schwierigkeit wird aber die Verhandlungen nicht hindern — so wenig sie die Verhandlungen mit Italien gehindert hat, mit dem der Vertrag Ende 1903 überhaupt abgelaufen wäre — er war vor einem Jahr gekündigt worden — und mit dem bis Ende September ein provisorisches Uebereinkommen bereits geschlossen ist. Die ungarische Regierung hatte damals einfach um die gesetzliche Ermächtigung angehalten, die Verhandlungen führen zu können — in Oesterreich ist dies nach dem Wortlaute des einschlägigen § 14-Gesetzes nicht nötig gewesen — und hat die Ermächtigung natürlich nicht bekommen; die Vorlage ist von der Obstruktion ebenso verschlungen worden wie andre „Notwendigkeiten“. Sie hat trotzdem die Verhandlungen geführt, die Vereinbarung geschlossen und handhabt sie bereits — ohne daß dieser die gesetzgeberische Ratifikation geworden wäre, die man in dem „Konstitutio-

nellen“ Oesterreich mit dem § 14 „bewirkt“ hat. Ganz genau so wird sich die Sache auch jetzt abspielen: die ungarische Regierung wird einfach ein Ermächtigungsgesetz vorlegen und Mangels dessen den Notwendigkeiten gehorchen, die stärker sind als Formeln und Paragraphen. Wie wir meinen, daß es gar nicht ausgeschlossen ist, daß beide Parlamente zur Beschließung des Zolltarifes erst gelangen werden, wenn die Handelsverträge vorliegen werden, also Grundlage und Ergebnis gleichzeitig zu funktionieren haben werden. Doch das ist Zukunftsmusik, wie auch die Frage, auf welchem Wege schließlich der jetzt obstruierte Tarif in Oesterreich Gesetz werden wird. Entweder mit dem Parlament, oder ohne Parlament — aber daß geschehen wird, was geschehen muß, ist selbstverständlich.

Ueber die Aussichten der Verhandlungen mit Deutschland ist dieser Tage auch in der Delegation gesprochen worden und die betreffenden Ausführungen heißen deshalb Beachtung, weil sie von dem Marquis v. Vaquehem ausgehen, der unter Laaffe Handelsminister war und die 1892er Vertragscampagne geführt hat. Die Ausführungen sind auch für deutsche Leser von Interesse: Zeigen sie doch, wie gerechtfertigt die Bedenken gegen den überagrarischen Tarif waren, die von den Anhängern der Vertragspolitik geäußert wurden. Vaquehem erklärte:

Wenn man erwägt, daß Mindestzölle angeboten, aber nicht ermäßigt werden sollen, daß Deutschland ein großes Gewicht auf die Viehzücht, seine Mälzereien, auf seine Brettsägen zu legen scheint, dann weiß man wirklich nicht, wie Deutschland in seinem autonomen Zolltarife eigentlich die Mittel finden soll, um ermäßigte Zölle für seine Industrie zu erlangen, da doch die deutsche Industrie des Exportes so dringend bedarf. Ich glaube also allerdings, daß die neuen Verträge, denen man nicht mit zu großen Hoffnungen entgegensehen darf, mehr Bindungen als Ermäßigungen der Zölle enthalten werden und daß das wesentlichste Moment bei ihnen die Verständigkeit für eine längere Zeit und die Sicherheit, daß mindestens während dieser Zeit Erhöhungen der Zölle nicht eintreten werden, sein wird. Es hat allerdings den Anschein, als ob die künftigen Tarifverträge mit dem, was man früher unter einem Tarifvertrage verstanden hat, nur mehr den Namen und nicht das Wesen gemeinsam haben werden und als ob die handelspolitischen Ideen, die mit dem Beginn des neuen handelspolitischen Kurzes im Deutschen Reich zu Beginn der neunziger Jahre nach längerem Schlafe ein fröhliches Wiedererwachen feierten, bei der raschen Abänderung, welcher heutzutage die Ideen nicht minder wie die Menschen unterliegen, bereits mit Abschied entlassen seien und im Rebel der Vergangenheit verdrängt.

Zu bemerken wäre noch, daß sich mehrere Redner — Vaquehem und Baernreither — gegen die C.uerlung des Grafen Kanitz wandten. Oesterreich-Ungarn sei den landwirtschaftlichen Zöllen Deutschlands „nicht interessiert“, Graf Kanitz, führte Baernreither aus, habe sich auf ein gefährliches Gebiet gewagt, er hat von „Staaten und Zolltären“ gesprochen, die „nicht ernst zu nehmen sind“. Das sei nicht die Art, wie man den Abschluß von Handelsverträgen vorbereite, wenn man alle Zolltäre des andern Teiles nicht für ernst erklärt, die eignen aber als alle Ansetzung erhaben darstellt und „am allerwenigsten sollte das in deutschen Reichstage geschehen, denn Deutschland ist es doch eigentlich gewesen, das durch seinen Tarif das Signal zu allen Erhöhungen gegeben hat“. Mit viel Hoffnungen geht also Oesterreich-Ungarn zu den Verhandlungen nicht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Montag in zweiter Lesung den Etat der Forstverwaltung. Zu der Debatte wurde wieder das Verlangen nach einem Quebrachozoll laut. Daneben wurden die Behälter der Förster von den Rednern der Linken einer scharfen Kritik unterzogen, und es gelang auch, gegen die Stimmen der Herren von der Rechten und unter dem Widerspruch der Regierung einen Antrag durchzubringen, der die Regierung ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß für die nächsten fünfzehn Jahre den Forstassessoren eine die Dauer von sechs Jahren überschreitende Zeit der diätarischen Beschäftigung bei der Festsetzung des Besoldungs-Dienstalters in Anrechnung gebracht werde. Im übrigen ist aus den Verhandlungen nur der schwache Versuch des Abg. Goldschmidt (fr. Vp.) zu erwähnen, die erbärmlichen Löhne der Forstarbeiter zur Sprache zu bringen. Da das Dreiklassen-Parlament keine Volksvertretung ist, ist es weiter nicht wunderbar, daß weder ein Redner des Hauses, noch ein Mitglied der Regierung es für geboten hielt, auf diese wichtige Frage einzugehen.

Am Mittwoch wird der Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung beraten.

Die andre Seite.

Aus München wird uns geschrieben:
 Die Vorgänge in der bayerischen Abgeordnetenkammer, die den Rücktritt des liberalen Vicepräsidenten v. Leistner herbeigeführt haben, geben der liberalen Presse Anlaß zu heftigen Auslassungen über das Centrum und über die Gefährlichkeit des Ultramontanismus. Nun haben sich die Ultramontanen bei dieser Affaire zu einem Streich hinstellen lassen, der zweifellos ebenso brutal wie ungerechtfertigt ist. Den schwarzen Herrschaften ging es bei der Segigischen Vor-

lesung aus dem „Simplicissimus“ ungefähr so wie dem bekannten Vierfüßler, wenn er ein rotes Tuch erblickt; sie verloren alle Besinnung und stürmten blind drauf los und warfen dabei ein parlamentarisches Recht über den Haufen, das sie selbst vielleicht noch einmal sehr notwendig brauchen können. Solches Vorgehen kann gewiß nicht scharf genug getadelt werden. Der „Liberalismus“ aber hat sicherlich keine Ursache, dem Centrum wegen dieser Vorgänge Vorhaltungen zu machen und wenn er es doch thut, so geschieht es nur aus dem Grunde, um die Öffentlichkeit über die höchst fatale Thatsache zu täuschen, daß bei der ganzen Geschichte niemand sich mehr blamiert hat, als der verfloffene „liberale“ Vicepräsident v. Leistner.

Ueber die Vorgänge nämlich, die sich gewissermaßen hinter den Coulissen abgespielt haben, ist jetzt folgendes authentisch festgestellt: Herr v. Leistner legte anfänglich dem Genossen Segig nahe, auf die Verlesung der Thomashen Fastenpredigt zu verzichten, gab dann aber doch seine Genehmigung dazu. Während nun Segig den Artikel verlas, ließ ein Ministerialrat durch Vermittlung des ultramontanen Schriftführers Fuchs dem Vicepräsidenten mitteilen, er halte die Verlesung eines konfözierten Artikels für gesetzwidrig. Als echter „liberaler“ bekam Leistner daraufhin natürlich Angst und äuferte in seiner Verlesung zum dem ultramontanen Abg. Lerno, dem Referenten zum Justizetat: „Wenn nur einer der Herren das Wort zur Geschäftsordnung ergreife, dann unterbreche ich Segig“, dieser Wunsch wurde denn auch sofort durch den Centrumsführer Dr. v. Waller erfüllt und die Sache entwickelte sich weiter in der bereits bekannten Weise.

Der erste Bruch der Geschäftsordnung und der parlamentarischen Sitten, die Unterbrechung eines Redners zu dem Zweck, daß ein andres Mitglied des Hauses eine Geschäftsordnungsdebatte provoziert, ging also von einem Liberalen aus.

Doch damit noch nicht genug. Die liberalen „Münchener Neueste Nachrichten“ fühlen das lebhafteste Bedürfnis, ihren Parteifreund aus der unangenehmen Situation herauszuholen, und dabei gehen sie so tölpelhaft vor, daß sie das genaue Gegenteil erreichen. Das Blatt sagt nämlich, Leistner habe die Absicht gehabt, „eine unzumutbare und an sich nicht zu billigende Handlung zu verhindern auf geschäftsordnungsmäßigem Wege“.

Mit dieser schönen Absicht des Vicepräsidenten vergleiche man die Thatsache, daß derselbe Mann dann bei der Abstimmung dreimal für die Verlesung gestimmt hat! Die „N. N.“ sagen nun weiter, er sei eben bei der Abstimmung für das formale, durch die Geschäftsordnung begründete Recht des Abg. Segig eingetreten. Wenn das so ist, dann hätte er es gewiß nicht nötig gehabt, das Centrum zu einer Verlesung der Geschäftsordnung quasi erst aufzufordern. Und wenn er also sachlich mit der Haltung des Centrums völlig einverstanden war, dann hätte er auch gar nicht nötig gehabt, abzuhauen, weil der Präsident Dr. v. Orteler in der von ihm selbst und doch nur zu diesem Zweck aufgeschworenen Geschäftsordnungsdebatte die Ansicht vertrat, die Verlesung sei unstatthaft.

Die Thatsachen zeigen somit, daß Herr v. Leistner durchaus nicht der aufrichtige Held ist, als den ihn jetzt seine Presse hinstellen möchte.

Zu allem Ueberflus kommt jetzt ein Centrumsblatt noch mit der Behauptung, eine Reihe von liberalen Abgeordneten hätten Centrumsleuten versichert, sie seien mit ihrer Haltung ganz einverstanden!

Der Ultramontanismus ist gewiß reaktionär bis auf die Knochen; das ist die Konsequenz seiner prinzipiellen Auffassung der Dinge. Die Liberalen aber behaupten, sie seien die Träger freier Willkür; in ihrem Innern aber, das haben die Vorgänge im bayerischen Landtag aufs neue bewiesen, sind sie ebenso rückwärtsgerichtet gestimmt wie die Ultramontanen, die vor ihnen wenigstens noch den Vorzug haben, ihre Bestimmung zu bekennen. Kein Rechtsbruch, kein Verrat der Rechte des Volkes und des Parlaments, den der Liberalismus nicht wenigstens „sachlich“ für berechtigt hält.

Die Situation in Südwest-Afrika

hat sich nach einer Darstellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgendermaßen gestaltet:

Ersichtlich ist der ganze etwa 120 Kilometer breite Landstrich ungefähr von der Linie Karibib-Wilhelmsfest (Kraabits) östlich bis zur Linie Okahandja-Windhul von den Hereros beherrscht. Aus dem Gebiet östlich von der zuletzt genannten Linie, aus dem militärisch besetzten Orten und Positionen Ojofalu, Neudamm, Hofeharte, Gohabis, Epukro, Seels etc., liegt bisher nur eine einzige Nachricht vor, aus Ojofalu östlich von Okahandja, und zwar in der Meldung, welche am 12. v. M. die erste bestimmte Angabe über den Zustand der Hereros brachte. Sie führte zu der Annahme, daß in jener Gegend der Aufstand seinen Ursprung und seinen Mittelpunkt hat. Von dorther kamen wohl die mehrere hundert Köpfe zählenden Hererobanden, die am 11. v. M. bei Okahandja erschienen. Dieses wurde nun von den dort anwesenden Hererohäuptlingen verlassen, die sich wohl den Aufständischen angeschlossen haben. Zu diesen dürfte auch der Oberhäuptling Samuel Maharero, der seinen Sitz in Okahandja hatte, zu zählen sein. An der Hand der Meldungen kann man nun verfolgen, wie der Aufstand sich nach Süden und Westen weiter verbreitete.

Gegen Windhul zu zerstörten die Hereros am 12. v. M. die Telegraphenleitung und die große Eisenbahnbrücke bei Dona (fünf Kilometer südlich von Okahandja). Die südwärts Ziehenden worden an diesem und dem folgenden Tage ein schwaches Entsatzcorps zurück, das mit einem Patrouillengeweh von Windhul herbeieilte, und drangen in das Farmsgebiet von Windhul ein. Von da konnte noch am 14. der Sergeant Dietrich mit einer Wertschaft nach Karibib abgehen; er scheint unterwegs verwundet worden zu sein. Am 15. waren die Hereros bereits bis zur Farm Hoffnung, etwa 10 Kilometer nordöstlich von Windhul, vorgeedrungen und stießen dort auf eine ihnen entgegengesandte Erkundigungsabteilung.

Wenn das daraus sich entspinnde Gesecht von dem stellvertretenden Kommandanten von Windhuf, Oberleutnant Tschow, trotz des Verlustes von acht Mann als „erfolgreich“ bezeichnet wird, so darf man wohl annehmen, daß die Herero an weiteren Vordringen verhindert worden sind. Seit dieser Meldung, die hier am 25. v. M. eintgelaufen ist, haben wir keine Nachricht aus Windhuf; doch darf man hoffen, daß der Ort, der infolge des Landsturms-Aufgebots und Einstellung sämtlicher Pflichten und Boeren über eine zum Teil bereitete Streitkraft von 200 Mann und zwei Maschinengewehre verfügt und stark besetzt ist, jedem Angriff stand gehalten hat, obgleich fünf neue Haufen gegen ihn in Anzug waren. Inzwischen dürfen die 2. Compagnie, die sich laut der am 17. von Windhuf abgegangenen Meldung bereits auf dem Marsch vom Süden befand, sowie die Gebirgsgelände aus dem nur 25 Stunden von Windhuf entfernten Rehobot, bereits dorthin eingetroffen sein.

Gleichzeitig mit dem Zuge gegen Windhuf sind die Herero von Otahandja gegen das 102 Kilometer südwestwärts gelegene Otjimbingwe vorgegangen. Dieses war bereits am 15. v. M. bedroht; doch scheint es dort zu einem eigentlichen Kampfe noch nicht gekommen zu sein, denn eine von dort am 27. v. M. hier eingetroffene Meldung wußte nur von der Ermordung des dort anwesigen Farmers Kronevitter zu berichten. Es sind aber 16 Ermordungen festgestellt, 70 werden vermist. In Otjimbingwe stehen 35 Gewehre zur Verteidigung bereit. Die dort wohnenden Bastarde sind treu geblieben.

Von Otahandja sind die Herero westwärts längs der Bahn vorgegangen, die sie, wie wir jüngst berichteten, vielfach zerstört haben. Der am weitesten westlich gelegene Ort, an dem sie gehaft haben, war Kubas (147 Kilometer von Swakopmund). Inzwischen ist der Teil der Eisenbahn von der Küste bis Karibib (104 Kilometer) gesichert worden. Oberleutnant v. Jilow, der am 13. v. M. von Swakopmund mit einer Abteilung nach Otahandja abgegangen war, hat nach heftigem Kampfe bei der Eisenbahnstation Baldau am 15. v. M. Otahandja besetzt. Er hat 200 Mann zur Verfügung und kann sich, wie er am 20. v. M. meldete, noch einige Zeit halten. Um die Verbindung mit Karibib herzustellen, entsandte er am 21. v. M. auf der Eisenbahn eine Abteilung von siebzig Mann westwärts. Diese stieß etwa 40 Kilometer westlich von Otahandja bei Kawatuerasane (zwischen Baldau und Otahandja) mit den Herero zusammen. Bei dem Gesecht, das sich nun entwickelte, verlor die Truppe vier Tote und drei Verwundete. Es wurde festgestellt, daß die Eisenbahnverbindung mit Karibib hier durch Zerstörung einer 20 Meter langen Brücke unterbrochen ist. Neuerdings ist gemeldet worden, daß sich bei den Herero vor Otahandja „Kaffern“, entweder Bergdamara oder Vetschuanen, befinden.

Karibib, die durch die Hauptwerkstatt besonders wichtige Station der Eisenbahn, wird voraussichtlich den Ausgangspunkt der weiteren Operationen bilden. Der Ort, in dem die umwohnenden Farmer versammelt sind, war um den 16. v. Mts. ebenfalls von den von Johann Albrechts-Höhe westwärts anrückenden Herero bedroht. Zwar ist bei einem Patrouillenritt bei Karibib der Tierarzt Kämpf gefallen, aber auf den Ort scheint kein Angriff erfolgt zu sein. Es befanden sich dort freiwillige aus Swakopmund, die der Lieutenant der Reserve Laubach dahin führte, ferner 58 Reservisten und 30 Pferde unter Stabsarzt Kuhn und das 81 Mann starke Detachement von S. R. S. „Habicht“ unter Kapitän Gudeviß mit zwei Maschinengewehren und zwei Revolveranonen.

Aus dem Hererogebiet im Norden der Bahn liegen keine neuen Meldungen vor. Schon am 21. v. M. war gemeldet worden, daß das etwa 25 Kilometer nördlich von Karibib gelegene Etiro gesäubert worden ist. Omaruru, der Standort der 2. Feldcompagnie und Sitz des Kapitäns Michael, ist zwischen dem 14. und 19. v. M. von den Herero angegriffen worden. Da die heliographische Verbindung mit dem 60 Kilometer von Karibib entfernten Ort unterbrochen ist, sind seit 21. v. M. von dort keine Meldungen eingegangen. Auch aus Wartenberg, zu dessen Verteidigung 50 Reservisten bereit waren, liegt seit 15. v. M. keine Meldung vor.

Der Kommandant des „Habicht“ meldet: Bei Ausfallgesechten bei Otahandja bis 21. Januar gefallen: Eisenbahn-Sekretär Rod, Ruz, Spoklamy, Omaruru ist am 27. mit großer Macht angegriffen, Angriff abgeschlagen. Von Otjimbingwe keine Nachricht, wahrscheinlich belagert. Bahnbau hinter Karibib wieder in Angriff genommen, da Regen nachläßt.

Der kaiserliche Generalkonsul telegraphiert aus Kapstadt, daß nach einer Mitteilung der dortigen Regierung die Bundeswort-Potentiaten am Drange unter ihrem Häuptling sich am 28. Januar ergeben haben. Die Uebergabe der in den Karasbergen wohnenden Aufständischen wird erwartet.

Ostasien.

Aus Tokio, den 31. Januar, wird dem „Daily Telegraph“ berichtet: In der Wohnung des Premierministers wurde gestern, Sonntagabend, ein Ministerrat abgehalten, der fast acht Stunden dauerte. — Dem Blatte „Jijishimpo“ wird unter dem 30. Januar gemeldet, daß der Vizekönig von Schikoku Juanshikai eine Lieferung von 2000 Gewehren in Auftrag gegeben habe. Ferner wird die Meldung bestätigt, daß sieben russische Regimenter auf dem Marsch nach dem Jalu-Flusse seien, um Antung und and. Punkte, einschließl. mehrere am Südufer des Flusses, zu besetzen; einige Abteilungen seien bereits dort. — Eine Depesche des „Jijishimpo“ aus Beijing besagt, der Chef der kaiserlich chinesischen Zollverwaltung, Sir Robert Hart, habe zum „controleur des Zollamtes in Niuhschwang Gichrist an Stelle des Russen Baloff ernannt.“

„Daily Mail“ läßt sich aus Tschifu vom 31. Januar melden: Die japanische Flottenreserve ist in der vergangenen Woche mobilisiert worden. Auch die erste Armeereserve ist zum Teil mobilisiert worden, und zwar mit großer Heimlichkeit; die Mannschaften treffen als Kulis verkleidet an den Bestimmungsorten ein. Der übrige Teil der ersten Armeereserve hat Befehl erhalten, sich zur Einberufung bereit zu halten. Vierzig Transportschiffe mit der Division von Kumamoto liegen im Hafen von Tscheschiki zur Invasion bereit.

Petersburg, 1. Februar. Der „Russischen Telegraphen-Agentur“ wird aus Chabin von heute gemeldet. Englische Japaner verlassen das Territorium der ostchinesischen Bahn.

Aus Wladivostok meldet die Agentur von gestern: Hier umlaufenden Gerüchten zufolge wird in diesen Tagen die Kundgebung der Mobilisierung der Reservisten aller Gebiete des fernen Ostens erwartet. Es werden Vorbereitungen zur Mobilisierung der der Aushebung unterliegenden Pferde getroffen. Im Februar wird in Wladivostok die Ankunft von mehr als 50000 Mann zur Verstärkung der Garnison erwartet.

Deutsches Reich.

Genosse Schippel schreibt uns: Ich möchte zum Frieden noch um ein letztes Wort bitten. Ich habe es, soweit möglich, stets abgelehnt, Zeitungsreferate über meine Äußerungen richtig zu stellen — weil darin meist eine, wenn auch ganz unabsichtliche Kränkung des Berichterstatters liegt, der so wie so schon eine der undankbarsten Positionen in unserm Zeitungsweien einnimmt. Da oft eine bloße ungewollte Mißdeutung der Worte hinreicht, einen Gedanken wesentlich zu verändern, so habe ich auch dem Genossen Reine gegenüber jeden Vorwurf ausdrücklich bestritten. Meines Erachtens wäre an seinem Bericht nicht viel mehr anzusetzen, als das bei jedem Referat unvermeidlich ist, wenn er zwei Thatsachen mehr hätte hervortreten lassen:

Erstens gewinnt der „Vorwärts“-Bericht durch seine ganze Appretur den Anschein des beabsichtigt sensationellen, während bisher über theoretische Vorträge in kleineren geschlossenen Mitgliederversammlungen kaum ein Wort gesagt wurde. Ich betone deshalb nochmals, wie ich in der Versammlung gleichfalls betonte, daß ich für Dienstagabend nur als Lädenhänger für einen verhinderten Fraktionskollegen einsprang — noch dazu mit der Erwartung, daß die Erledigung des vorangehenden geschäftlichen Teiles den Vereinsabend vollständig ausfüllen würde.

Zweitens läßt der Bericht meine breit ausgeführten Eingangsworte zu sehr zurückstehen. Diese gingen etwa dahin: „Man kann Jollfragen einfach kritisch, gemessen an unsren Parteianschauungen, behandeln. Damit will ich Sie heute nicht weiter aufhalten, darüber sind wir alle einig und als organisierte Parteigenossen alle aufgeklärt. Man muß aber auch die treibenden ökonomischen Kräfte, die Denkhilfe, die Stärke der wirtschaftspolitischen Strömungen bei unsren Gegnern studieren, denn sonst kommt man zu einer ganz falschen Schätzung ihrer Widerstandskraft, speciell auch zu einer ganz falschen Bewertung der Voderheit des Bündnisses zwischen Industriellen und Agrariern. Darauf möchte ich heute abend ihre Aufmerksamkeit lenken, und ich bitte Sie, das nie aus dem Auge zu verlieren.“ Wäre das im Bericht, vielleicht durch reichliche Sperrung und Zeitdruck unterfüßt, derart herausgearbeitet, daß dieser Vorbehalt als deutliche Umrahmung und Einschränkung des Ganzen gewirkt hätte, so konnte wohl jede Unannehmlichkeit verhindert werden. Statt dessen verschwindet die Vorbemerkung im „Vorwärts“ so gut wie ganz und die Sperrungen werden Äußerungen zu Teil, die nur unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt gelten. „Der Redner begann — heißt es im Bericht allzu unentschieden und vielleicht auch mißverständlich — mit der Bemerkung, er wolle die handelspolitischen Strömungen besprechen, mit denen wir zu rechnen haben, ohne daß er sie von unsrem parteipolitischen Standpunkte kritisieren wolle.“ Hier ist die sedes materiae, und drei oder vier Zeilen hätten den ganzen Zwischenfall erledigen können.

Kann eilt der Genosse Kautsky mit einigen Scheiterheren herbei, nämlich mit ein paar Äußerungen von mir, die 2 1/2 und 3 Jahre, auch noch beträchtlich weiter zurückliegen. Ich denke, wenn es jahrelang Zeit damit hatte, so wird es nunmehr wohl auch nicht auf Tag und Stunde ankommen. Also bei Gelegenheit...
Max Schippel.

Neuestes vom Kasakenris.

Aus Königsberg i. Pr. wird uns berichtet: In Ostpreußen werden der russischen Regierung immer weitere Liebesdienste erwiesen. Am 21. Januar erschien der im Dorfe Schäden (Kreis Tilsit) stationierte preußische Gendarm Nannert in der hiesigen russischen Grenze liegenden Ortschaft Kuttern bei einem Bauern, um in dessen Hause eine Revision abzuhalten. Derartige Revisionen werden abgehalten, um Schornsteinanlagen, Strohdächer, Dunghäusen, Brunnenanlagen usw. auf die polizeilichen Vorschriften hin zu prüfen. Gewöhnlich werden solche Revisionen vorgenommen, wenn von irgend einer Seite her Anzeige bei dem Amtsvorsteher oder einer sonstigen Behörde erfolgt ist. Bei dem erwähnten Bauer in Kuttern war solch eine Revision schon seit mehreren Jahren nicht erfolgt. Der Gendarm schien es aber nun sehr genau zu nehmen. Ganz besonders wurde der Boden des Hauses genau untersucht. Hier fand er denn auch eine Anzahl Pakete liegen. Auf die Frage des Gendarmen erklärte der Bauer: daß die Pakete Wäcker enthielten, die er mit seinem Fuhrwerk bis zu seiner Wohnung transportiert und beauftragt sei, sie so lange lagern zu lassen, bis sein Auftraggeber sie abholen lassen werde. Darauf machte der Gendarm die Pakete auf, nahm einige russische Schriften heraus und meinte, die Sache löme dem Bauer Unannehmlichkeiten bereiten, er werde einige Sachen zur Untersuchung mitnehmen. Dann erschien derselbe Gendarm wieder am 20. Januar und konfiszierte sämtliche 17 Pakete, die bei dem Bauern lagerten und seiner Obhut anvertraut gewesen waren.

Die Pakete enthielten Exemplare der russischen Zeitung „Nöra“, die hier in Deutschland nicht verboten und in jeder größeren Buchhandlung käuflich zu haben ist, sowie socialdemokratische Blätter, die gleichfalls in Deutschland nicht beanstandet werden, in russischer und litauischer Sprache.

Bemerkenswert ist noch die Äußerung des Gendarmen bei der Revision. Als er ein in russischer Sprache gedrucktes Büchlein aus einem Paket nahm, sagte er: „Das ist ja, was ich brauche, das ist ja sehr interessant.“ Ruffisch lesen konnte der Gendarm aber augenscheinlich nicht. Bei seinem Fortgehen schärfte er dem Bauern ein, er dürfe die Sachen nicht früher über die Grenze lassen, bis er ihm die Erlaubnis gebe, so lange seien die Pakete beschlagnahmt.

Der Reichstag eine — Arbeiter-Versorgungsanstalt.

Die konservative Feindseligkeit gegen jede Socialpolitik zu Ruhm der Arbeiterkassen ist genugsam bekannt und erst am Sonntagabend im Reichstage durch die Reden der Abgeordneten v. Nicht-hofen und Kardorff im Nebenraum behauptet worden. Dennoch wird die Kenntnis der konservativen But wider die Socialpolitik durch einige Äußerungen verbollständig, die sich konservative Blätter zu den jetzigen Reichstagsverhandlungen leisten.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist noch einigermaßen zurückhaltend in der Offenbarung ihres Mißmißs, sie sagt im Leitartikel vom Montagabend über „Socialpolitik im Reichstage“:

„Es kam unsres Erachtens auch keinem Zweifel unterliegen, daß, wie in Abgeordnetentreiben, auch in weiten Volksschichten das Interesse an den socialpolitischen Parliamentsdebatten in den letzten Jahren immer mehr abgestumpft worden ist. Wenn man sich darauf gefaßt machen muß, alljährlich dieselben Vorschläge, dieselben Einwände — und dieselben Kugenanwendungen der Socialdemokratie vorzutragen zu hören, so bekommt man allmählich die Geschichte satt. Die Socialreformer leisten also ihrer Sache keinen guten Dienst, wenn sie glauben, durch die Menge ihrer Vorschläge und durch unaufhaltsames Drängen auf deren Ausführung imponieren zu können.“

Die „weiten Volksschichten“, auf die sich das konservative Blatt berufen kann, beschränken sich auf die an Zahl so geringen Gruppen des herrschenden Grund- und Industriekapitals, deren Interesse für Arbeiter-socialpolitik nicht erst „abgestumpft“ werden konnte, weil es niemals vorhanden gewesen ist. Man bekommt allmählich die Geschichte satt — erklärt die „Kreuz-Zeitung“ amisch von der Verhandlung der allerwichtigsten Gegenstände des allgemeinen Volksinteresses. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ das Abwechselnde in den parlamentarischen Dingen liebt, warum peinigt sie denn seit Jahrzehnten den Reichstag mit den Forderungen auf Verbesserung von Brot und Fleisch? Und warum legt sie der Erfüllung der socialpolitischen Forderungen stets die Lebermacht ihrer Partei in den Weg? Sie braucht nur endlich diese Forderungen erfüllen lassen, so wird sie sich nicht mehr über die alten „Geschichten“ ärgern müssen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ giebt ihren socialpolitischen Verdruss in agrarisch erregtem Temperament zu erkennen. Sie spricht von dem „unermüdbaren, manchmal schier krankhaften Streben“, das keineswegs die Hoffnung erfüllen werde, daß die Socialdemokratie dadurch Schaden nehme, das dagegen den Mittelstand immer schwerer bedroht und die Proletarisierung fördere. Freilich der Dr. Dertel betreibt den Unwillen gegen die

Fortführung der Socialreform in der demagogischen Methode, durch die das Vindictum die Reaktion vergeblich aufzuwachen versucht. Er beginnt mit dem schönen Gedanken:

„Kein vernünftiger Mensch und kein erster Politiker wird gegen eine verständige, besonnene Socialreform etwas einzuwenden haben. Der Lohnarbeiter, der nichts hat als seine Arbeitskraft, muß vor dem Wucher mit ihr unbedingt geschützt werden.“

Aber Herr Dr. Dertel zieht aus diesem verheißungsvollen Vorderlatz den Schluß, daß die Ausdauer der Arbeitskraft wirklich befähigt oder auch nur durch Vorschläge, wie sie jetzt im Reichstage beraten werden, ein wenig gemildert werden soll, vielmehr hat er nicht ein Wort der Färsprache für die Forderungen zu Gunsten der Arbeiterschaft und fordert lediglich Hilfe für den „Mittelstand“. Man weiß aber, daß diese agrarische Mittelstandshilfe nicht als schwerste Schädigung der arbeitenden Klassen und des Gemeinwohls. Herr Dertel droht schließlich, daß der Mittelstand, wenn ihm nicht geholfen wird, „zur Erbitterung und Verbitterung“ übergehen wird.

In besonderer Brutalität gefaßt die socialpolitische Feindseligkeit in der konservativen Korrespondenz, dem offiziellen Organ der deutschkonservativen Partei zum Ausdruck: „Sollte es nicht an der Zeit sein, diesen thörichten und zeitverschwendenden Wettlauf aufzugeben und den Reichstag, der zur bloßen Arbeiter-versorgungsanstalt herabzusinken droht, zu seinen erhabenen, nationalen Aufgaben wieder zurückzuführen und ihn wieder von einer reinen Arbeitervertretung in eine Vertretung des gesamten Volkes umzuwandeln?“

Solch gänzlich unverdiente Belobigung hätte der Reichstag niemals erwartet als er durch diesen Tadel des konservativen Organs erfährt!

Für die „Konf. Korresp.“ bedeutet es „drohendes Herabstinken“, wenn der Reichstag sich mit Arbeiterfragen befaßt. Der Reichstag, wenn er irgendwie die gemäßigten Mittel berät, um die Arbeiter gegen Wucher, wie die „Deutsche Tageszeitung“ selbst sagt, zu schützen, wird zu einer „Arbeiter-Versorgungsanstalt“, zu „einer reinen Arbeitervertretung“ und die „Konf. Korrespondenz“ muß mahnen, daß er wieder zu „erhabenen, nationalen Aufgaben“, das heißt zu Jollserhöhungen und Militärbewilligungen zurückkehre! Welche Worte werden die Konservativen haben, wenn der Reichstag einmal zu wirklicher Socialreform betreiben würde?

Nebenbei sei noch dieses Wort aus dem Artikel der „Konf. Korrespondenz“ über die Socialpolitik der bürgerlichen Parteien angemerkt:

„Es hat sich in verschiedenen bürgerlichen Parteien die Meinung gebildet, eine möglichst kräftige socialpolitische Initiative sei notwendig, um der socialdemokratischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die letzten Reichstagswahlen aber haben gezeigt, daß dieses Mittel ein untaugliches ist.“

Somit sagt man gern, die bürgerlichen Parteien betreiben Socialpolitik und Arbeiterfreundlichkeit. Die „Konf. Korrespondenz“ greift das wahre Motiv bürgerlicher Socialpolitik in dem Augenblick zu, da die schreckliche Gefahr erscheint, daß die Mittelpartei des Reichstags Socialpolitik nicht nur zum Schein und Schwindel betreiben könnten. Die „Konf. Korrespondenz“ greift zu, daß die bürgerliche Socialpolitik, sobald sie einigermaßen ernst wird, aus der Abicht entspringt, den Wind aus den socialdemokratischen Segeln zu nehmen. In „falschem Jugenschlag“ plaudert das konservative Partei-Organ die gern bestrittene Thatsache aus, daß die Socialdemokratie die Urheberin aller Socialreform war und ist. —

Die „Freisinnige Zeitung“ befindet sich — nicht zum erstenmal — in finanzieller Schwierigkeit. Es handelt sich diesmal um die nicht geringe Summe von 60000 M., die ausgebracht werden muß, um die für den Ruin des Liberalismus unentbehrliche Zeitung zu halten. Herr Abg. Kämpf ist einer von denen, die besonders bemüht sind, die Summe zusammenzubringen. Doch die Geldleute scheinen nicht begeistert und es wird ihnen, damit ihr Vertrauen in die „Freisinnige Zeitung“ wiederkehre, zugesichert, daß der Einfluß des Herrn Richter auf die Zeitung in Zukunft eine Verminderung erfahren werde.

Man kann die Sorge der Geldleute begreifen, ob die Zeitung unter der Herrschaft Richterischer Politik jemals existenzfähig werden kann. Wird aber ihre Besorgung durch die Aussicht befähigt werden, daß die Herren Kopsch und Müller-Sogon die Erbschaft übernehmen? —

Wenn man uns braucht... Im Wahlkreise Osunabrück findet am heutigen Montag der zweite Wahlgang in der Reichstags-Erfahrung statt. Es kämpfen dort ein konservativer Agrarier und der Nationalliberale Wamhoff gegen einander, und die socialdemokratischen Stimmen könnten den Ausschlag geben. Nun sind auch die Nationalliberalen stets zu allen Verlässlichkeiten und Wahrheitswidrigkeiten gegen die Socialdemokratie bereit. Aber, um untre Stimmen in Osunabrück zu locken, bläst man eine ganz andre Melodie. Die nationalliberale „Osunabrücker Zeitung“ schreibt:

„Welchen Wert die Socialdemokratie als Partei der unabhängigen und unerschrockenen Kritik besitzt, darüber ist sich niemand im Zweifel, und was speciell ihre Anregungen auf socialpolitischem Gebiete betrifft, so müßte derjenige blind sein, der nicht bemerkte, daß sie beständig nach mehr wie einer Seite hin gewirkt haben. Auch auf vielen anderen Gebieten sind die Liberalen in der glücklichen Lage, den Bestrebungen der Socialdemokraten nicht entgegenzutreten zu müssen, und hier da Gelegenheit hat, im Reichstage zuzusehen, wie die Socialdemokraten sich um Unterstützung ihrer Anträge bei den Liberalen und diese umgekehrt bei den Socialdemokraten bemühen, zu bemerken, wie höflich und zuvorkommend die Unterhändler beider Parteien miteinander verkehren, der weiß auch, wie oft socialdemokratische und liberale Abgeordnete bei der Abstimmung für ein und dieselbe Sache eintreten.“

Man darf an diese Äußerung erinnern, wenn die Liberalen Herrschaften wieder die Socialdemokratie der unsichtbaren Politik und des rohen Tones bezichtigen.

Uebrigens haben unsre Parteigenossen in Osunabrück Stimmenthaltung beschlossen, weil sie nicht in der Lage sind, die nationalliberalen Lebenswürdigkeiten zu erwidern. Herr Wamhoff ist für den Wucherjolltarif eingetreten und sein Liberalismus ist so reaktionär, daß es unsrer Partei gleichgültig ist, ob er oder der Agrarier gewählt wird. —

Streitfonds des Unternehmertums.

Die „Verl. Pol. Nacht.“ schreiben: „Die der Centralverband deutscher Industrieller seinen Mitgliedern mittel, wird er den nicht mehr zur Anwendung gelangten Rest der für Crimmitschau eingegangenen Gelder als Vermögensbestand für die Centralstelle der deutschen Arbeitgeberverbände zur Abwehr unberechtigter Angriffe der Arbeiter und ihrer Organisationen aufbewahren. Der Centralverband ersucht diejenigen seiner korporativen Mitglieder, die eine geregelte Erhebung von Beiträgen anläßlich des Crimmitschauer Voralles in die Wege geleitet haben, damit fortzuführen; denn es werde jetzt wesentlich darauf ankommen, die in Gang geratene Bewegung schnell und mit fester Hand zum Ziele zu führen. Dabei würden die korporativen Mitglieder zu erwägen haben, ob sie, in der Aussicht, selbst einen Arbeitgeberverband bilden zu können, die Beiträge als Vermögensstock für diesen annehmen wollen, oder ob sie dieselben, wenn nach ihrer Zusammenlegung und Art die Bildung eines Arbeitgeber-Verbandes ausgeschlossen erscheint, dem Vermögensstock für die erwählte Centralstelle zuführen wollen. Jedenfalls ersucht der Centralverband, ihm über die entsprechenden Entschlüsse baldigst Mitteilung zukommen zu lassen.“

In die Sklaverei verkauft!

In der Kriegsgeschichte der alten Zeiten liest man oft davon, daß die Angehörigen unterworfenen Völker, namentlich in Kriegsgefangenschaft gefangene „Knechte“ in die Sklaverei verkauft

wurden. Diese edle, angeblich durch das Christentum beförderte
Sitte, soll wie ein Blatt verweht, von der deutschen Regierung als
modernstes System der Kolonialpolitik wieder eingeführt werden.
„Von wohlunterrichteter Seite“ will die „Dresdener Zeitung“
erfahren haben, daß man in den maßgebenden Kreisen der Kolonial-
verwaltung bereits über die Maßnahmen, die die Befreiung der
Hereros in besonders exemplarischer und wirksamer Weise betreffen,
einig sei. Es heißt darüber:

„In erster Linie wird der reiche Viehbestand der
Hereros dazu benutzt, um den beraubten Farmern anzuhelfen.
Man wird das Vieh an sie und dann an die übrigen
Anfiedler verteilen. Ferner muß die durch Schutz-
verträge garantierte halbe Souveränität der Häuptlinge vernichtet
werden. Die Hereros verlieren dann auch das Eigentumsrecht an
Grund und Boden. Das Land geht an den Hofas über. Die
Anfiedler müssen sich also behufs Ankauf von Herero-Land in Zu-
kunft an diesen wenden. Hierdurch hofft man einen Teil der
Kriegskosten decken zu können. Als nachhaltige Strafe aber
wird die energische und rücksichtslose Heranziehung der Hereros zu
öffentlichen Arbeiten bezeichnet. Man muß sie fest heranziehen
und sie nicht für Lohn sondern nur für Kost und Bekleidung arbeiten
lassen. Auch hierdurch würde man erhebliche Ersparnisse
erzielen. An Arbeiten wird nach dem Aufstande gewiß kein
Mangel sein. Außer der Wiederherstellung der zerstörten
Bauten usw. können noch besonders Damm- und Eisenbahnarbeiten
in Betracht. Diese Art der Strafe wäre besonders deshalb eine
passende, weil sie jeder einzelnen Person des Stammes
tätig fähig ist. Man glaubt — und das mit vollem
Recht — daß die geplanten Maßnahmen besser als die sonst beliebte
Erziehung der Rädelsführer wirken werden und eine neue Er-
hebung für später völlig ausschließen.“

Das wäre die Wiedereröffnung der barbarischen Kriegsjahre
von ehemals, nur in noch verschärfter Form. Denn während
man in Rom und Griechenland die Kriegsgefangenen nach außer-
halb als Sklaven verkaufte, will man — nach der schier unglaub-
lichen Behauptung der „Dresdener Zeitung“ — in Südwesafrika
den Verklagten noch den grausamen Hohn antun, sie auf ihrem
ehemaligen Besitz als Sklaven fronden zu lassen!

Weimar, den 31. Januar. (Fig. Ber.) Der Landtag des Groß-
herzogtums wurde heute durch das Staatsministerium eröffnet.
In der „allerhöchsten Propositionsschrift“ werden einige neue Vor-
lagen außer dem Etat angehängt und darauf hingewiesen, daß die
finanzielle Lage i. d. Staatsfinanzen ein besseres Bild wie bei Er-
öffnung des letzten Landtages biete. Der Etat schließt mit
12 313 880 M. gegen den letzten Etat mit 11 743 050 M. ab. Anstatt
bisher 400, sollen in Zukunft 600 M. steuerfrei verbleiben.

Die Wahl in Frankfurt-Lebus.

Ein Parteiblatt erinnert uns daran, daß wir die Entscheidung
der Wahlprüfungs-Kommission über die Reichstagswahl in Frankfurt-
Lebus prinzipiell behandeln müßten. Das Partei-Organ beruft
sich dabei — anscheinend zustimmend — auf Auslassungen der
„Frankfurter Zeitung“ und „Berliner Zeitung“, die sich gegen die
Anschauung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder richten,
und es sucht den Kredit dieser bürgerlichen Preßhäusern dadurch
zu erhöhen, daß es hinzufügt, die genannten Blätter hätten „alle
mögliche Sympathie speziell für den gegenwärtigen Inhaber des Frank-
furt-Lebuser Mandats bekundet“ — als ob Verleumdungen hier
überhaupt ins Spiel kommen könnten. Dies sozialdemokratische
Zeugnis für die heroische Unbefangtheit des Frankfurter und
Berliner Organs übersteigt nur den Umstand, daß es die unverständ-
liche Haltung der ihnen nahe stehenden freisinnigen Parteien zu ver-
teidigen galt.

Unser Parteiblatt — die „Leipziger Volkszeitung“ —
stillt, ohne im übrigen die Prinzipienfrage selbst zu beantworten,
ihre, insbesondere auch an den „Vorwärts“ gerichtete Mahnung zur
prinzipiellen Einsicht wie folgt:

„Wenn wir um der Billigkeit willen von den bloßen Titeln
absehen, womit der st. Korrespondent der Frankfurter „Volks-
stimme“ am Ziel vorbeischießt, so geht auch der „Vorwärts“ in
dem langen Leitartikel, den er dem Beschluß der Wahlprüfungs-
Kommission widmet, nicht auf die entscheidende Prinzipienfrage ein.
Er macht nur mehrere Einzelheiten geltend, wie sie ja die einzelnen
Fälle, die unter derselben Prinzipienfrage, zu unterscheiden pflegen;
um ein Beispiel anzuführen, so hebt er hervor, daß in der Wahl-
prüfungs-Kommission zwar der Nachweis für den Druck, aber nicht
für die Verbreitung des von dem Regierungspräsidenten als
solchen unterzeichneten Wahlflugblattes geführt worden sei. Das ist
aber ein ganz nebensächlicher Umstand, da hauptsächlich das Flugblatt,
über das seiner Zeit lang und breit in der Presse verhandelt
wurde, verbreitet worden ist. Mit solchen und ähnlichen bureau-
kratischen Einwürfen kommt man nicht um das Prinzip herum.“

Die Frage kann sich einzig darum drehen: Ist die Kasserung
des Frankfurt-Lebuser Mandats nach einer bisher schon beobachteten
Praxis erfolgt, die auch von der sozialdemokratischen Fraktion ge-
billigt oder gar beifällig ist? Wenn nein, so kann der Beschluß
der Wahlprüfungs-Kommission weit wirksamer angefochten werden,
als mit irgend welchen weit hergeholten Tüfteleien; wenn ja, so
steht die Wahrung des Prinzips selbstverständlich über der Un-
bequemlichkeit, die den Genossen jenes Wahlkreises mit einer neuen
Wahl verurteilt werden mag.

Zu Wirklichkeit handelt es sich in diesem Falle lediglich um den
Verlust, unter dem Vorwande eines Prinzips die eignen Geschäfte
zu treiben. Parteifische Interessen werden in die heuchlerische Sorge
um die Wahrung prinzipieller Reinheit gekleidet. Die „Leipziger
Volkszeitung“ hätte ein minder großes Zutrauen zu der Mehrheit
der Kommission haben sollen, dann würde sie gar nicht auf den
Gedanken gekommen sein, daß der Beschluß der Mehrheit irgend
etwas mit prinzipieller Auffassung zu thun hätte. Der ge-
meinsame Haß gegen die Sozialdemokratie und die Hoffnung sowohl
der Konservativen wie der Liberalen bei einer Neuwahl das Mandat
zu ergattern, hat den grundlossten Beschluß veranlaßt. Daß es
ein Beschluß der Parteiranne, nicht des Prinzips ist, folgt schon
aus der Tatsache, daß die Konservativen für die Annulierung der
Wahl eintreten, obwohl sie grundsätzlich der Ansicht sind, daß
die Regierungsbeamten das Gewicht ihres Namens und ihres Amtes
in die Waagschale werfen dürfen.

Tatsächlich hat die Wahlprüfungs-Kommission niemals das
Prinzip vertreten, daß jede amtliche Beeinflussung unter allen
Umständen zur Kasserung der Wahl führen müßte. Sie hat viel-
mehr jeden einzelnen Fall besonders geprüft und immer fest-
zustellen versucht, ob die Wahlbeeinflussung für den Ausgang der
Wahl entscheidend gewesen sei. So hat die Kommission unmittelbar
nach der Kasserung der Wahl Proams, das Mandat Ballstrems für
gültig erklärt, obwohl der Hirtenbrief des Fürstbischofs Mopp eine
Wahlbeeinflussung allerhöchster Art darstellt. Auch niemals aber
ist es vorgekommen, so lange es einen deutschen Reichstag giebt, daß
das die Wahl eines Abgeordneten kassiert worden ist, gegen den
sich die Wahlbeeinflussung gerichtet hat.

Zutreffend hat das „Hamburger Echo“ die Konsequenzen
des Beschlusses der Wahlprüfungs-Kommission gezeichnet:

„Gewiß müssen amtliche Wahlbeeinflussungen der Art, wie sie
hier in Frage stehen, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen
werden und, um sie zu verhindern, ist die Ungültigkeitserklärung
der Wahl durchaus berechtigt, wenn die Partei, in deren
Interesse die amtliche Wahlbeeinflussung verübt wurde, den
Sieg davon trägt, also die Annahme berechtigt ist, der Sieg sei
eine Folge der Beeinflussung. Aber die trotzdem erfolgte Wahl
des Gegners für ungültig erklären, weil die amtliche
Wahlbeeinflussung ihn nicht genügend geschadet hat, um

seinen Sieg zu verhindern, das ist ein totaler
Unfug. Da wird die folgende Partei für die
Sünden des Gegners bestraft und dieser Gegner direkt
und unmittelbar angereizt, es das nächste Mal ebenso zu machen.
Man verweigert sich nur die Konsequenzen. In einem Wahl-
kreis, wo den Sozialdemokraten oder Freisinnigen die Mehrheit
sicher ist, brauchen Landräte oder sonstige Regierungsbeamte nur
ein Flugblatt herauszugeben und mit ihrem Namen und ihrer amt-
lichen Qualität zu unterzeichnen, und die Wahl wird für ungültig
erklärt. Bei der Neuwahl machen sie dasselbe und der Erfolg ist
wieder der gleiche. So kann das ad infinitum weiter gehen und
der Wahlkreis läme nie zu einer geordneten Vertretung. Das wäre
ein feines Mittel, die Wahl von Sozialdemokraten oder sonstiger
„unliebbiger“ Elemente zu verhindern.“

Mit solcher „prinzipiellen“ Auffassung müssen die Gegner der
Sozialdemokratie unter allen Umständen gewinnen, und sie
würden es, wenn sie nicht fortan in jeder Wahl amtliche
Beeinflussung üben würden. Hat die Beeinflussung Erfolg und
unterliegt der sozialdemokratische Kandidat, so stellt die Wahl-
prüfungs-Kommission, die eben nicht prinzipiell in jeder
Wahlbeeinflussung an sich einen Grund zur Ungültigkeitserklärung
sieht, mit größter Gewissensruhe fest, daß die geringste Wahl-
beeinflussung keinen Einfluß auf den Ausgang der Wahl gehabt
hätte; das Mandat des Reaktionsärs bleibt gültig. Siegt aber der
Sozialdemokrat, so wird aus den gegen ihn gerichteten Wahl-
beeinflussungen die Ungültigkeit der Wahl gefolgert, weil ohne die
zu Gunsten eines gegnerischen Kandidaten erfolgte Wahl-
beeinflussung das Ergebnis hätte anders sein können.

Um wird der Fall in Frankfurt-Lebus allerdings dadurch ein
wenig kompliziert, daß die in der Stichwahl ausgefallene Partei, die
Nationalliberalen, sich beschwerten, daß durch die Namensunterschrift
des Regierungspräsidenten zu Gunsten des konservativen Kandidaten
sie benachteiligt wären. Man kann die Frage ganz auf sich beruhen
lassen, ob nicht auch dann, wenn die Beschwerde berechtigt wäre, das
Mandat des Siegers, das weder indirekt noch direkt durch die von
gegnerischer Seite verübte Beeinflussung gefördert worden ist,
dennoch für gültig erklärt werden müßte. Im gegenwärtigen Fall
kann gar nicht die Rede davon sein, daß die Beschwerde der aus-
gefallenen Partei begründet ist, schon deshalb nicht, weil
die Nationalliberalen mit denselben und stärkeren amt-
lichen Wahlbeeinflussungen gearbeitet haben, so daß die
Wahlbeeinflussungen der bürgerlichen Parteien sich kompensieren.
Sodann aber beweisen die Wahlsiftern keinerlei Einfluß zu Un-
gunsten des Nationalliberalen. Der Konservative ist im Gegenteil
zurückgegangen, der Liberale hat Fortschritte gemacht. Dazu kommt,
daß der Regierungspräsident ein halbes Jahr vor der Wahl den
Verstoß begangen und ihn durch Zurückziehung seiner Unter-
schrift sofort wieder gut gemacht hat. Daß die Unterschrift des Re-
gierungspräsidenten unter dem konservativen Wahlaufsatz überhaupt
keinerlei Beeinflussung gegen die Nationalliberalen darstellt,
geht aus folgender, von unserm Fortschritt-Partei-Organ selbstgestellten
Tatsache hervor:

„Der Wahlaufsatz für Jellisch mit der Unterschrift des Re-
gierungspräsidenten v. Windheim und des Landrats v. d. Marwitz
ist von Januar 1903 datiert und anfangs Februar 1903 ver-
breitet worden. Bis dahin war eine nationalliberale oder
liberale Kandidatur noch durchaus ungewiß, fest standen lediglich
die Kandidaturen Braun für die Sozialdemokratie und Jellisch
für Konservativ, Freikonservativ und einen Teil der National-
liberalen. Soweit also durch die Unterschriften des Regierungs-
präsidenten und des Landrats Beeinflussung erfolgt ist, ist sie aus-
schließliche Erfolg zu Ungunsten des Kandidaten Braun.“

Erfi am 25. Februar 1903, also einen ganzen Monat später,
wie v. Windheim und v. d. Marwitz ihre Unterschrift unter den
Jellisch-Aufsatz setzten, und drei Wochen nach Verbreitung dieses
Aufsatzes kam die Kandidatur Schwabach zu stande. Daß v. Wind-
heim und v. d. Marwitz im Januar die Kandidatur Schwabach
bekämpft haben, davon kann jedenfalls keine Rede sein, ferner
zu dieser Zeit von Schwabachs Kandidatur noch gar nicht die
Rede war.“

Diese ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtete Wahl-
beeinflussung soll nun also zur Kasserung des sozialdemokratischen
Mandats führen. Ein tollereres Überdies ist nicht denkbar als dieses
„Prinzip“.

Aber noch mehr! Das Fortschritt-Partei-Organ stellt weiter fest,
daß die Anhänger der nationalliberalen Kandidatur die Zurück-
ziehung der Unterschrift des Regierungspräsidenten vom konservativen
Wahlaufsatz als eine Mißbilligung der Konservativen und als
eine Förderung der liberalen Kandidatur gepriesen wurde. Wenn
also wirklich in einem früheren Augenblick die Namensunterschrift
zu Ungunsten der Liberalen gewirkt hätte, so ist durch die
demonstrative Zurückziehung — nach liberalen Bekenntnis — der
Schaden tausendfach gut gemacht worden. Die Geschichte von der
gegebenen und zurückgezogenen Unterschrift wäre danach eine Wahl-
beeinflussung zu Ungunsten der Konservativen, zum Vorteil der
Nationalliberalen.

Triebwerk ist niemals eine Wahl kassiert worden, als die in
Frankfurt-Lebus. Der Mehrheitsbeschluß ist nur von dem einen
„Prinzip“ diktiert: Unter allen Umständen gegen die Sozialdemo-
kratie! Die Sozialdemokratie hat, scheint uns, keinen Anlaß, ihrer-
seits diesem „Prinzip“ beizutreten. —

Husland.

Eine verhungerte Reform.

Paris, 30. Januar. (Fig. Ber.) Der Senat hat richtig die
von der Deputiertenkammer votierte Arbeitsnachweis-Reform
arg verunglückt.

Im Folgenden die wichtigsten Verschlimmerungen des Kammer-
entwurfs. Die obligatorische Abschaffung der privaten Arbeits-
nachweisbureau (innerhalb einer fünfjährigen Frist) wurde beseitigt.
Anstatt dessen wird den Gemeinderäten bloß die fakultative Befugnis
der Abschaffung gewährt. Damit aber die Gemeinderäte von der
Befugnis keinen unnötigen Gebrauch machen, werden die an die
Inhaber der Bureau zu zahlenden Entschädigungskosten ausschließlich
dem Gemeindefiskus zur Last gelegt — im Gegensatz zum Kammer-
entwurf, der eine finanzielle Beteiligung des Staates und der De-
partements vorseheht. Ferner dürfen nach wie vor neue
private Bureau genehmigt werden, nur daß diese im Falle eines
Gemeindefiskus auf Abschaffung kein Recht auf Entschädigung
haben. Ebenso dürfen bestehende Bureau nach wie vor vererbt
oder käuflich abgetreten werden. Gänzlich von der Wirkung des
Gesetzes ausgeschlossen sind die theatralischen, „lyrischen“ und Circus-
Bermittlungsagenturen, die das Proletariat des Artisanats
ebenso grausam auspowern wie die Arbeitsnachweis-Anstalten die
Arbeiter und ebendrei die Prostituierten ihrer weiblichen Stunden
fördern.

Es liegt auf der Hand, daß von der Befugnis der Abschaffung
nur die Städte mit einer härteren Arbeiterbewegung Gebrauch
machen werden. Speziell in Paris ist die Abschaffung sicher zu
erwarten. Aber Paris und das Seine-Departement zählen bloß
202 von den 1435 privaten Bureau des ganzen Landes. Und dann,
was die Hauptache ist, genügt das Fortbestehen der räuberischen
Anstalten in einer benachbarten reaktionären Gemeinde, um den
Abschaffungsbeschluß der arbeiterfreundlichen Gemeinde illusorisch zu
machen. Noch mehr. Entlegene Anstalten der Provinz können nach
wie vor den Arbeitsnachweis für Paris vermitteln.

Um sein arbeiterfeindliches Werk zu verhüllen, hat der Senat
auf der andren Seite einen Antrag des — Generals Mercier
(freilich mit geringer Mehrheit) votiert, der die Vermittlungslosen
den Unternehmern zur Last legt. In Wirklichkeit aber werden die
Unternehmer die Kosten auf die Arbeiter abwälzen, und zwar desto
sicherer, als die private Arbeitsvermittlung ja von nicht-
organisierten, zum Widerstand unfähigen Elementen bemittelt wird.

Für das einschiedene Vorherrschen des alten sozialpolitisch-
reaktionären Geistes im Senat zeugt der Umstand, daß die ärgste
Verschlimmerung der Reform, die Erziehung der obligatorischen
die fakultative Abschaffung, mit einer Zweidrittel-Mehrheit
votiert wurde! Selbst die „demokratische Linke“ hat nicht in ihrer
Gesamtheit für den Kammerentwurf votiert. Es sei noch erinnert,
daß der Urheber des arbeiterfeindlichen senatorischen Textes,
Ancois, ein straffes Mitglied des Blocs ist.

Die Regierung hatte sich verpflichtet, mit aller Kraft vor
dem Senat den Kammerentwurf zu verteidigen. Sie kam aber dieser
Verpflichtung ganz ungenügend nach. Ministerpräsident Combes
ist der Debatte überhaupt ferngeblieben. Und der einzige
Vertreter der Regierung, Handelsminister Trouillot, hat nichts
von der versprochenen Kraft merken lassen. In guter Ver-
pflichtung er sich gar im Senat, die senatorisch verunglückte Reform —
vor der Kammer zu verteidigen und das wiederum „mit aller
Kraft“!

Wie das Senatsvotum auf die Arbeiter gewirkt hat, zeigt deut-
lich und treffend ein Artikel des Gewerkschaftsorgans „Voix du
Peuple“, überschrieben: „Republik und wirtschaftliche Reaktion“.
„Wir konstatieren wieder einmal, daß zwischen der Bourgeoisrepublik,
das heißt der von den Regierenden, den Gesetzgebern, insbesondere
vom Senat vertretenen Republik, und den Bestrebungen, ja auch nur
den Bedürfnissen des Proletariats eine Kluft liegt. . . Sie scheinen
den Nachweis führen zu wollen, wie kühn wir handelten, als wir
dem Aufsteigen, ihre Republik in Longchamps und auf dem
Nationalplatz zu retten.“ (Anspielung auf die Teilnahme der Pariser
Gewerkschaften an den antinationalistischen Massenungehungen von
1899, am Vorabend und in den ersten Monaten des Ministeriums
Waldeck-Rousseau—Millerand.) Ferner kritisiert der Artikel bitter
und zutreffend die Haltung der Regierung: „Sonnig stelle Combes
in jeder rein politischen Angelegenheit die Kabinetsfrage und seine
Mehrheit folge ihm, auch im Senat. Jetzt aber habe er sein förm-
liches Versprechen nicht gehalten und sei der Debatte ausgewichen.
Er bleibe der würdige Wirtschaftliche des bourgeois Konventionismus
seiner Freunde vom Senat, der Urheber der arbeiterfeindlichen
Eheireform.“

England.

Bei der Parlamentwahl in Arr-Burghs wurde Dobbie
(liberal) mit 322 Stimmen gegen Younger (kons.) gewählt, der
317 Stimmen erhielt. Bei der letzten Wahl hatten die Konser-
vativen mit einer Mehrheit von 590 Stimmen über die
Liberalen gesiegt. Die Liberalen haben also einen Sieg
gewonnen. —

Rußland.

Aus Sibirien entflohen ist Heinrich Czernianski, der im Jahre 1902
zu mehrjähriger Verbannung für sozialistische Propaganda in
Warschau verurteilt war.

Aus dem Siedlerbezirk Gafanuis (Russisch-Polen) ist Genosse
Walery Sławel geflüchtet, der vor acht Monaten im Dombrowacz
Industriebezirk als „Allohaler“ verhaftet wurde.

In Charkow fanden am 1. Januar zahlreiche Verhaftungen
statt. Gehört wurde bei dem Ingenieur Chotkiewicz und dem
Rechtsanwalt Michnowski, verhaftet wurden die Studenten Gebrüder
Michnowski, P. und S. Andrejewski, Antonowicz, B. Martos,
Janowski, Chomenka, Nordheiska.

Amerika.

Vom Bürgerkrieg in Uruguay. Die „Times“ melden aus
Montevideo vom 31. Januar: Es läuft hier allgemein das Gerücht
von heftigen Kämpfen in den Städten San Ramon
und San José in der Nähe der Hauptstadt um. Zwei
starke Rebellenhaufen stehen gegen Montevideo.
Der größere Teil der Regierungstruppen folgt ihnen. Die
Regierung ergriß ganz außerordentliche Maßregeln, sandte mehrere
Bataillone Nationalgarden und zwei Bataillone Polizeimann-
schaften in das Innere und entblöhte hierdurch die Hauptstadt von
Polizei. Das Pressen von Reuten zum Soldaten ist an der Tages-
ordnung. Viele hervorragende Nationalisten, darunter zwei Mit-
glieder der Stadtverwaltung, sind verhaftet worden. Die scharfen
und übertriebenen Maßregeln rufen große Unzufriedenheit hervor.

Buenos Aires, 1. Februar. (Telegramm der „Agence Havas“.)
Aus Montevideo wird amtlich gemeldet, daß eine Regierungstruppe
von 1500 Mann eine Niederlage bei San Ramon er-
litten hat. —

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Wir werden im Aufnahmefolgender Erklärung ersucht:
Das Herausretren des „Vorwärts“ aus der dankenswerten
Reise, welche er in der Frage: „Krankenkassen und Ärzte“ feilher
bewährte, seine nunmehr einseitige Vertretung des Standpunktes der
Kassen-Verwaltungen zwingt die unterzeichneten sozialdemo-
kratischen Ärzte zu einer kurzen Darlegung ihres abweichenden
Standpunktes.

Wir sehen in der „freien Arztwahl“ das zur Zeit erstbedeutendste
System der Krankenversorgung, durch welches den Interessen der
beiden beteiligten Faktoren am besten gedient wird.

Es besteht darin, daß jeder Arzt, welcher sich bereit erklärt, unter
den von Krankenkassen und Ärzten vereinbarten Bedingungen Kassen-
mitglieder zu behandeln, auch dazu die Berechtigung hat; daß ebenso
jeder Versicherte das unbeschränkte Recht hat, unter diesen Ärzten
den Arzt seines Vertrauens anzuschauen. Eine Voraussetzung ist es,
die Wahl unter einer beschränkten Anzahl fest angestellter Ärzte als
freie Arztwahl zu bezeichnen.

Zu Gegenfah zu den Ausführungen des „Vorwärts“, welcher
das Vertrauen des Kranken zu einem bestimmten Arzt als neben-
sächlichen Faktor hinstellt, halten wir dieses Vertrauen für die Grund-
lage einer erfolgreichen Krankenbehandlung. Eine Verechtigung
haben jene Ausführungen allenfalls für Notfälle; der Versicherte über-
sieht indes vollständig, daß neben den akut Erkrankten die größte
Anzahl der Patienten aus chronischen Kranken besteht, die in ein
dauerndes menschlich-ethisches Verhältnis zu ihrem Arzt treten. Wie
kann sich ein solches Verhältnis zum Beispiel dort ausbilden, wo
jedes Familienmitglied sich von einem andern Kassenarzt behandeln
lassen muß?

Im Interesse der Ärzte ist die freie Arztwahl eine Notwendig-
keit, weil sie allein allen Ärzten die Möglichkeit der Ausübung ihres
freien Berufes und die für die ärztliche Tätigkeit mit einmal un-
erläßliche Unabhängigkeit nach jeder Seite gewährleistet.

Daß die freie Arztwahl durchführbar ist und ihre Durchführung
im Interesse der Arbeiter liegt, geht schon aus der Tatsache hervor,
daß sie bei zahlreichen und nicht den beschriebenen Kassen seit vielen
Jahren besteht. Speziell in Berlin hat sie während ihres 13jährigen
Bestandes es zuwege gebracht, daß das früher so verbreitete Miß-
trauen gegen den „Kassenarzt“ in Arbeiterkreisen mehr und mehr

*) Eben den „fest besoldeten Bezirksarzt“, für welchen der
„Vorwärts“ schwärmt.

schwindet, und selbst in denjenigen Klassen, in denen die wirkliche freie Arztwahl noch nicht zur Durchführung gelangt ist, hat sie indirekt — infolge der Konkurrenz — ganz wesentlich zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung der kranken Arbeiter geführt.

Bei fortschreitender Schulung und sachgemäßer Kontrolle der Ärzte und Patienten bietet die freie Arztwahl dieselben ausreichenden Garantien gegen Verschleuderung von Kassennitteln wie jedes andere Arztssystem. Der auch vom „Vorwärts“ erhobene Vorwurf der Pointiererei erledigt sich dadurch, daß die Bezahlung nach Einzelleistungen durchaus nicht mit dem System der freien Arztwahl organisch verknüpft ist, vielmehr die Art der Honorierung von dem Arztsystem vollkommen unabhängig ist. Die Honorierung der Ärzte regelt sich nach den auch sonst für das Wirtschaftsleben geltenden Gesetzen und die dabei sich ergebenden Streitigkeiten unterscheiden sich nicht wesentlich von den Lohnkämpfen der Arbeiter. Auch die Angestellten von gemeinnützigen, staatlichen und kommunalen Wohlfahrtsanstalten ebenso wie die Beamten der Klassen selbst haben das Recht und die Pflicht, unwürdige Arbeitsverhältnisse eventuell auch auf dem Wege der Arbeitseinstellung zu bessern.

Die hier und da laut gewordene Forderung nach Bezahlung der ärztlichen Einzelleistung nach der gesetzlichen Mindeststunde halten auch wir bei den Krankenklassen für unbrauchbar. Ebenso wenden wir uns entschieden gegen jede Einmischung der Behörden zu Gunsten einer der streitenden Parteien, wie gegen jede zwangsweise Aufdrängung der freien Arztwahl gegen den Willen der Versicherten. Wir erwarten die weitere Ausbreitung der freien Arztwahl, welche den kranken Arbeiter wenigstens in diesem Punkte nahezu auf dieselbe Stufe stellt wie den Privatpatienten, lediglich von ihrem erfolgreichen Wirken und der zunehmenden Einsicht der Kassemitglieder.

Paul Bernstein, Weutler, Max Cohn, Christaller, Fleck, Albert Freudenberg, Julius Friedberg, Glaser, Kollwitz, Plehner, Röder, Silberstein, Suhmann, Fern. Wehl, Martha Wygodzinski, Jabel, Heyler.

Wenn es sich lediglich darum handelte, so wie die Einföhrer wünschen, an die bessere Einsicht der Klassen zu appellieren und die Einföhrung der freien Arztwahl oder irgend eines Arztsystems durch Ueberredung zu erreichen, dann hätten wir nicht den geringsten Anlaß gehabt, in dem Streite Partei zu ergreifen. Wenn die Mitglieder irgend einer Klasse sich freiwillig zur Einföhrung der freien Arztwahl entschließen und die eventuellen finanziellen Folgen auf sich nehmen wollen, dann können und das an sich und unter anderen Umständen gleichgültig sein. Indessen ist der wirkliche Sachverhalt anders. Die ärztlichen Ständesorganisationen wollen den Klassen gegen ihren Willen die freie Arztwahl aufdrängen. Dazu haben sie das unbestreitbare Recht, und sie brauchen es gar nicht zu leugnen. Nur giebt uns dieser Kampf der Ärzte umfresser das Recht und legt uns die Pflicht auf, Stellung zu nehmen und uns gegen die Ziele dieses Kampfes zu wenden. Außerdem bedienen sich die Ärzte unläuterer Mittel, um die Beschwerden aufzubringen, die den formalen Anhalt zum Einschreiten der Behörden bieten, wofür wir erst in unserer Sonntagsnummer wieder Beweise geliefert haben. Diese Thatsachen sind doch wohl auch den parteiigen ärztlichen Ärzten, von denen die Erklärung ausgeht, nicht unbekannt geblieben. Zudem man kann künstlich einen Gegensatz zwischen Kassenvorstellungen und Kassennutzgebern konstruieren — wie es leider die Unterzeichner der Erklärung durch Unterstreichungen des Wortes „Verwaltungen“ gleichfalls thun — zwingt man den Klassen mit Hilfe der Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes gegen ihren Willen die freie Arztwahl auf und zwingt sie, den Ärzten Honorare zu zahlen, die sie nach den pflichtgemäßen Darlegungen der Verwaltungen nicht leisten können, die aber auch — wie wir mehrfach dargelegt haben — ungerechtfertigt hoch sind. Unter diesen Umständen brauchen wir unsere Parteinahme für die Klassen mit keinem Worte weiter zu rechtfertigen. Daß wir keine Vergewaltigung der Ärzte wollen, haben wir oft genug gesagt und wir haben auch mehr als einmal durch die That bewiesen, daß wir auch für die Ärzte eintreten, wo uns ihre Beschwerden in einzelnen Fällen gerechtfertigt erscheinen.

Unter den bestehenden Umständen war es aber auch notwendig hervorzuheben, daß die Vorteile, die den Versicherten aus der freien Arztwahl angeblich erwachsen sollen, sehr problematisch sind; wir sind der Meinung, daß unter diesen Umständen die Gefahr besteht, die Klassen gänzlich den behördlich bedingten ärztlichen Ständesorganisationen auszuliefern, wenn sie um einer vermeintlichen Annehmlichkeit willen der Forderung der freien Arztwahl entgegenkommen. Deswegen raten wir den Klassen von solchem Entgegenkommen auch dort ab, wo, wie etwa in Betriebsklassen, ein wirklicher Gegensatz zwischen Verwaltung und Versicherten besteht. Wir empfehlen den in Betriebsklassen Versicherten, falls sie Beschwerden über ungenügende ärztliche Hilfeleistung haben, doch lieber zu versuchen, durch Geltendmachung ihres gesetzlichen Rechtes auf die Verwaltung dieser Beschwerden ohne Einföhrung freier Arztwahl Abhilfe zu schaffen.

Ob freie Arztwahl und Bezahlung der Einzelleistung nicht organisch mit einander verknüpft zu sein brauchen, bleibt ununtersucht; in den Forderungen der Ärzte sind sie mit einander verknüpft.

Ueber die Verhältnisse in Köln wird uns unterm 31. Januar von einem Vertreter der vereinigten Orts-Krankenklasse der Handwerker noch geschrieben:

„Der Klassenverband, eine lose Vereinigung von ca. 40 Orts-, Betriebs- und Zunftklassen Kölns, wollte, nachdem die Kölner Ärzte gekündigt und zu Verhandlungen nicht zu haben waren, gemeinschaftlich neue Ärzte anstellen. Zu diesem Zwecke mußten nach den Satzungen übereinstimmende Beschlüsse sämtlicher Generalversammlungen der beteiligten Klassen herbeigeföhrt werden. Dies hintertrieben die Ärzte, indem sie den Vorsitzenden einer Betriebsklasse, der nebenbei mit einem Arzt verbandt ist, bewogen, einen solchen Beschluß nicht herbeizuföhren. Nun gingen vier große Ortsklassen dazu über, Ärzte für sich anzustellen, was ihnen auch in vollem Maße gelang. Diese vier Klassen haben rund 44 000 Mitglieder und 24 000 Familienangehörige, welche Anspruch auf ärztliche Behandlung haben. Hierfür sind 24 gemeinschaftliche Ärzte angestellt. Außerdem hat jede Klasse noch eine Reihe von Ärzten, die nicht gekündigt haben, so z. B. die Vereinigte Handwerkerklasse 14. Hierdurch ist jeder noch so weit gehenden Anforderung Genüge geleistet. Die andern Klassen liehen ihre Patienten privat behandeln gegen Zahlung der Mindeststunde. Die Kölner Regierung rechnete nun 120 000 Personen heraus, die nicht genügend mit ärztlicher Hilfe versorgt seien. Angenommen, diese Zahl wäre richtig, so würde sie in folgender Weise zu teilen sein: 68 000 Personen mit vollständig ausreichender ärztlicher Versorgung laut festgelegter Verträge, und 22 000 Personen, für die nach Ansicht der Regierung nicht genügend Ärzte vorhanden sind. Während nämlich bisher in vielen Bezirken bis zu 5000 Mitglieder und Angehörige auf einen Arzt kamen, erachtet die Regierung 2000 als die höchst zulässige Zahl. Da nun aber die Kölner Ärzte nicht zu haben sind, nur einen Teil von Klassen-

mitgliedern zu behandeln, sondern alle Klassen haben wollen, so ging die Regierung dazu über, den vollständig mit Ärzten versorgten Klassen die freie Arztwahl aufzuheben.

Aber die Klassen werden den Kampf nicht aufgeben. Die neu engagierten Ärzte haben sich ehrenwörtlich verpflichtet, sich nicht abblauen zu lassen, trotzdem 20 000 Mark für jeden bereit liegen und die Kassennutzglieder werden dazu beitragen, daß die Kölner Ärzte sich nicht zu überarbeiten brauchen.

Die Kassenvorstände haben beschlossen, gegen die Verfügung der Regierung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens vorzugehen. Es wurde noch ausdrücklich beschlossen, an den Verträgen mit den bisherigen Ärzten festzuhalten und diese, die gleichfalls bereit sind, die Verträge zu erfüllen, den Mitgliedern besonders zu empfehlen. In öffentlichen Versammlungen soll noch besonders auf die Mitglieder eingewirkt werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß den Herren „Siegern“ in Köln ihr Sieg arg verüffelt wird.

Fahrstuhl-Verordnungen.

Die Gültigkeit der in allen Provinzen (auch in Brandenburg) von den Oberpräsidenten erlassenen Fahrstuhl-Verordnungen stand in einem Strafprozeß gegen den Spinnereibesitzer v. Delden in Frage. Diese Oberpräsidial-Verordnungen, die sich gleichen und wahrscheinlich einer höheren Weisung ihr Casell in dieser Fassung verdanken, sind alle erlassen, ohne daß vorher die Berufsgenossenschaften gutachtlich geäußert wurden. Das hat schon zu Beschwerden auf dem Allgemeinen Genossenschaftstages Anlaß gegeben und selbst Präsident Gabel vom Reichs-Verwaltungsrat hatte sich dagegen ausgesprochen, daß den Berufsgenossenschaften ihr Recht aus § 120e der Gewerbe-Ordnung beschränkt werde durch die allgemeine Fassung von Verordnungen, die dem Schutze der Arbeiter gegen Betriebsgefahren dienen. Herr v. Delden zu Gronau hat nun in einem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren wegen Uebertretung der Fahrstuhl-Verordnung vom 20. Februar 1900 die Sache auf Beschluß der Textil-Berufsgenossenschaft bis vor das Kammergericht gebracht, um eine prinzipielle Entscheidung herbeizuföhren. Das Kammergericht erklärte die Verordnung für rechtmäßig. Es handelte sich nicht um eine Verordnung im Sinne des § 120e der Gewerbe-Ordnung, denn sie wolle nicht nur Arbeiter schützen, sondern alle Menschen, die einen Fahrstuhl benutzen oder irgendwie damit in Berührung kämen. Sie bezwecke also eine generelle Regelung des gesamten Fahrstuhlwesens und finde ihre rechtliche Grundlage im allgemeinen Polizei-Verordnungsrecht, wonach der Polizei die Aufgabe zufalle, das Publikum gegen ihm drohende Gesundheits- und Lebensgefahren zu schützen. Demnach brauchte die Berufsgenossenschaft nicht vorher gehört zu werden, wenn auch die Verordnung zugleich den Schutz der gewerblichen Arbeiter mit umfasse.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision. Es fand in dem Urteil keinen Rechtsirrtum.

Die Anstellung akademisch gebildeter Frauen als mit den Männern gleichberechtigte Beamte der Gewerbe-Inspektion sowie die Anstellung von Assistentinnen aus dem Arbeiterstande wurde von der Zweiten sächsischen Kammer in Uebereinstimmung mit der Regierung abgelehnt.

Die badische Regierung hat dagegen wohlwollende Prüfung der Frage zugefagt, ob Arbeiter als Hilfsbeamte der Gewerbe-Inspektion angestellt werden sollen.

Krüppelstrafen.

Bürgerliche Blätter melden aus Staffurt: „Am schwarzen Brett“ der „Vereinigten chemischen Fabriken“ im benachbarten Leopoldsdorf ist jetzt eine Bekanntmachung angeschlagen, die weit über die Kreise der Beteiligten Ausschlag erregt. Unter den Arbeitern herrscht bereits große Erbitterung. Auf Grund der Bekanntmachung sollen nämlich künftige Arbeiter, die einen Unfall erlitten haben, mit 1 M. Strafe (1) belegt werden! Als der Was den Arbeitern vorgeschrieben wurde, wurde ihnen zugleich mitgeteilt, daß obendrein jedem, dem ein Unfall passiert, eine Lohnkürzung zugebacht würde. Thatsächlich sind bereits verschiedene Arbeiter, die im Betriebe verunglückten, mit Strafe belegt worden. Die Meister, die den betreffenden Arbeitern, wo der Unfall passiert, vorkommen, werden ebenfalls und zwar mit zwei Mark für jeden Unfall bestraft! Hoffentlich nimmt sich die Gewerbe-Inspektion dieser wider die guten Sitten verstoßenden Strafbestimmung an.

Aus Industrie und Handel.

Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik. Nach dem Geschäftsbericht ergibt sich für das letzte Geschäftsjahr, das am 30. September 1903 endete, ein Verlust von 474 665 Mark, der sich durch die erforderlichen Abschreibungen von 505 822 Mark auf 980 487 Mark erhöhte. Zur teilweisen Deckung desselben soll der Reservefonds von 435 778 Mark herangezogen werden, so daß nach Genehmigung der Bilanz durch die Generalversammlung eine Unterbilanz von 544 714 Mark verbleibt.

Der Verlust ist hauptsächlich auf die schlechte Beschäftigung der Abteilungen für Kriegsbedarf zurückzuführen. Es gelang nur einen Auftrag auf 50 Schnellfeuergeschütze seitens der Vereinigten Staaten hereinzuholen, der aber noch nicht zur Effektivierung gelangt ist.

Die Bilanz der Kommerz- und Diskontobank.

Der von der Bank veröffentlichte Jahresrechnungs-Abschluß beweist, daß sie ebensowenig wie sie von dem Ausbruch der letzten Wirtschaftskrise berührt worden ist, im vergangenen Jahre von der Besserung der wirtschaftlichen Lage profitiert hat. Der Roh- wie der Reingewinn ist fast derselbe geblieben wie im vorigen Jahre, und ebenso die Dividende, die wieder auf 6 Proz. festgesetzt wird. Zu einem sehr wesentlichen Teil erklärt sich diese Stabilität aus dem besonderen Charakter des Instituts, das noch immer seinen Schwerpunkt in Hamburg hat und das weit mehr das Kredit- und Wechselgeschäft pflegt, als die Beteiligung an industriellen Unternehmungen. Während die Gesamtvorschüsse sich am Ende des letzten Jahres auf ca. 105 und der Wechselstand auf beinahe 22 1/2 Millionen belief, stellte sich das Kontokorrentkonto auf 9 und der Wert der eigenen Effekten auf 22 1/2 Millionen, von welchen aber nur 6,8 Millionen in Anteilen an industriellen Unternehmungen bestanden, der größte Teil dagegen aus Anleihepapieren (deutsche Staats- und Stadtanleihen), vom Staate garantierten Eisenbahn-Obligations, Bankaktien usw.

Im einzelnen zeigt das Gewinn- und Verlustkonto folgende Ziffern:

| | 1903 | 1902 |
|--|-----------|-----------|
| | W. | W. |
| Gewinnvortrag | 158 402 | 145 120 |
| Zinsen | 3 355 979 | 3 052 232 |
| Provision | 1 256 239 | 1 207 312 |
| Gewinn auf Wertpapiere und Kontokorrentbeteiligungen | 513 330 | 942 402 |
| Kursgewinn auf Wechsel | 288 043 | 258 752 |
| Kursgewinn auf Sorten und Zinsscheine | 46 595 | 50 232 |
| | 5 614 581 | 5 699 082 |
| Aufkosten | 1 063 598 | 1 069 839 |
| Steuern | 293 085 | 299 977 |
| Abschreibung auf immobilis. Forderungen | 15 921 | 78 100 |
| Abschreibung a. d. Bankgebäude in Hamburg | 20 000 | 20 000 |
| Abschreibung a. d. Bankgebäude in Berlin | 17 317 | 31 728 |
| Abschreibung auf Mobilien | 24 541 | 15 060 |
| Reingewinn | 3 579 817 | 3 584 366 |
| | 5 614 581 | 5 699 082 |

Danach hat nur die Einnahme an Zinsen sich einigermaßen gehoben — eine Folge der höheren Wechselkursnotlage. Dagegen ist der Gewinn auf Kontokorrentbeteiligungen und Effekten um ungefähr 429 000 Mark zurückgegangen: eine Abnahme, die sich teilweise daraus erklären läßt, daß die Bank einen Teil ihrer Industrieaktien abgestoßen hat, und zwar jedenfalls schon zu Anfang des Jahres 1903, als die Kurse noch relativ niedriger standen, der Hauptanstoß aber dürfte auf ungünstige Kontokorrentbeteiligungen zurückzuführen sein.

Die Bilanz zeigt folgende Aktiva und Passiva:

| | 1903 | 1902 |
|--------------------------------------|------------|------------|
| | W. | W. |
| Kassa und Reichsbankguthaben | 4 257 771 | 3 199 735 |
| Sorten und Zinsscheine | 264 068 | 347 410 |
| Guthaben bei Banken u. Bankiers | 10 230 121 | 12 033 520 |
| Wechsel | 22 462 128 | 24 545 601 |
| Wertpapiere: a) eigene | 22 043 418 | 16 804 541 |
| b) reportierte | 15 968 842 | 15 448 810 |
| Aktien der London and Hanseatic Bank | 3 937 608 | 3 937 608 |
| Auffiger Zuder-Raffinerie | — | 1 030 000 |
| Kontokorrentbeteiligungen | 9 051 900 | 7 680 177 |
| Debitoren: | | |
| Vorschüsse auf Wertpapiere | 46 035 980 | 37 213 286 |
| Vorschüsse auf Waren | 7 352 630 | 9 175 771 |
| Vorschüsse auf sonstige Sicherheiten | 30 662 970 | 27 738 010 |
| Vorschüsse ohne Unterpfand | 21 057 072 | 21 826 449 |
| Bürgschaftsdebitoren | 4 512 236 | 5 021 547 |
| Grundstück „Posthof“ in Hamburg | 1 075 000 | 1 000 000 |
| Immobilien in Hamburg | 580 500 | 665 000 |
| Bankgebäude in Hamburg | 1 580 000 | 1 600 000 |
| Bankgebäude in Berlin | 1 616 000 | 1 616 046 |
| Mobilien | 3 | 3 |
| Passiva | | |
| Aktienkapital | 50 000 000 | 50 000 000 |
| Reservefonds | 6 000 000 | 6 000 000 |
| Delkrederesonds | 1 178 212 | 1 106 400 |
| Kreditoren auf feste Termine | 63 298 632 | 58 915 192 |
| Kreditoren in laufend. Rechnung | 35 913 753 | 30 303 906 |
| Accepte | 38 508 479 | 37 243 384 |
| Bürgschaftsverpflichtungen | 4 487 936 | 5 021 547 |
| Beamten-Pensionsfonds | 323 179 | 297 081 |
| Dividenden-Rückstände | 3 929 | 1 641 |
| Gewinn | 3 579 817 | 3 584 366 |

Siegerländer Eisenindustrie. In der letzten Nummer wurde schon auf die Verschlechterung der Lage des Siegerländer Eisenmarktes hingewiesen. Wie die „Köln. Zig.“ mitteilt, sieht sich in Anbetracht dieser Verhältnisse der Verein für den Verkauf von Siegerländer Eisenstein genötigt, seinen Mitgliedern eine Einschränkung der Förderung aufzuerlegen. Diese Maßnahme, die in der Höhe von 1/3 Proz. mit Rückwirkung bis zum 1. Januar in Aussicht genommen wird, ist, nach Angabe des betreffenden Blattes, weniger auf dem geringeren Verbrauch der großen rheinisch-westfälischen Hütten, als auf ein stärkeres Nachlassen der Bezüge der Siegerländer Hochofenwerke zurückzuführen. Für die Mitglieder des Vereins für den Verkauf von Siegerländer Roheisen besteht zwar offiziell noch die Einschränkung von 20 Proz., indes haben in der Wirklichkeit manche Werke die Erzeugung freiwillig in höherem Maße eingeschränkt, um das Lagern größerer Vorräte zu vermeiden. Das Ausbleiben der amerikanischen Aufträge, die in den letzten Jahren den hiesigen Hütten reichliche Arbeit geboten haben, macht sich empfindlich bemerkbar, abgesehen von dem abnehmenden Verbrauch der Siegerländer Walzwerke, die den verlustbringenden Puddelbetrieb immer mehr einschränken.

Verfammlungen.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter (Zahlstelle Berlin) hielt am Sonntag im „Englischen Garten“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Reichstags-Abgeordneter E. Legien sprach zunächst über die „Aufgaben der Gewerkschaften“; sodann verlas Rühl den Kasienbericht vom 4. Quartal v. J. Die Einnahme betrug 318,77 M., die Ausgabe 1038,18 M. An den Hauptvorstand wurden 960,32 M. abgeschickt, sodann am Orte ein Bestand von 1095,27 M. verbleibt. Für Ansgesperre sind 341,75 M. an Unterföhrung gezahlt worden. Auf Antrag der Revision wurde der Kassierer entlastet. Die Zahlstelle hat gegenwärtig etwa 1000 Mitglieder. Da es infolge des stetigen Anwachsens der Mitgliederzahl dem Vorstande äußerst schwierig geworden ist, die Verbandsgeschäfte fernerhin noch nach Feierabend zu erledigen, andererseits auch der Leiter der Zahlstelle infolge der im Verbandsinteresse mehrfach notwendig gewordenen Arbeitsvermittlung von seiner bisherigen Arbeitsstelle entlassen wurde, so beschloß die Versammlung mit der Frage der eventuellen Anstellung eines Verbandsbeamten. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, hierüber eine Urabstimmung vorzunehmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstags-Wahlwahl.
Dienstag, 1. Februar. (W. Z. V.) Bei der heutigen Reichstags-Ständewahl wurde Wambhoff (natl.) mit 15 503 Stimmen gewählt; v. Bar (Centrums-Posipitant) erhielt 15 137 Stimmen.

Explosion an Bord des Kreuzers „Prinz Adalbert“.
Riel, 1. Februar. (W. Z. V.) An Bord des in der kaiserlichen Werft liegenden großen Kreuzers „Prinz Adalbert“ entstand heute nachmittag gegen 4 Uhr in einem Reserve-Kohlenbunker eine leichte Explosion. Hierbei erlitten die Heizer Polanowski, Schmidt (Hans), Schwerdfeger, Kraul und der Matrose Hedder Verbrennungen. Lebensgefahr besteht für die Verletzten nicht.

Serbische Erklärungen.
Belgrad, 1. Februar. (W. Z. V.) Amlich wird erklärt: Die Mitteilung der Porte, nach welcher in Branja und andern Orten Serbiens Dynamit und Bomben hergestellt würden, die in den drei Wlajets zur Verwendung gelangen sollen, entbehrt jeder Begründung. Sie soll nur dazu dienen, die Blide der öffentlichen Meinung in Europa von der Zusammenziehung türkischer Truppen an den Grenzen Serbiens abzulenken und die Rohheiten zu entschuldigen, welche die türkischen Truppen täglich im Wlajet Kofsono begehen. Die serbische Regierung bleibt ihrem Grundsatze treu, nichts zu thun, was die Durchführung der begonnenen Reformen in Frage stellen könnte. Mitteilungen, wie jene von der Porte in Umlauf gesetzt, können die Regierung nicht von ihrem Wege abwendig machen, obwohl sie ihre Aufgabe zweifellos in beachtlichster Weise erschweren.

Strasburg, 1. Februar. (W. Z. V.) Der „Strasburger Post“ zufolge ereignete sich auf dem Eisenwerk Karlsbütte in Diedenhofen ein schwerer Unglücksfall. Zwei Schlosser waren mit einer Reparatur von Hochöfen beschäftigt, plötzlich senkte sich dieser und eine Feuerfäule entzündete der sich öffnenden Klappe. Beide Arbeiter wurden schrecklich verbrannt, so daß sie bald darauf starben.

Buenos Aires, 1. Februar. (W. Z. V.) Nach einer weiteren Meldung haben die kuffrischen in Uruguay die Division des Generals Muniz angegriffen. Den Regierungstruppen gelang es, ihre Geschütze zu retten, doch ging die Munition verloren. In Montevideo sind zwei Regimenter Nationalgardien ausgelöst worden, da sie sich zu empören versuchten. Die Regierung beruft die im Felde stehenden Truppen zurück. Die Lage ist ernst.

Partei-Nachrichten.

Erklärung.

Vor dem Vorstand des socialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg wurde heute über die Broschüre des Genossen Goerke „In eigener Sache“ verhandelt.

Genosse Goerke erklärte: Ich bedauere die von mir nicht gewollten Folgen, die meine Broschüre durch ihre Ausschlagung in der bürgerlichen Presse gehabt hat und erkläre gleichzeitig, daß ich keine Verbindung mit der „Germania“ und Charlottenburger „Neuen Zeit“ unterhalten habe.

Genosse Sellin erklärte: Ich habe gegen den Genossen Goerke nicht den Vorwurf des „Geschäfts-Socialismus“ erheben wollen und bedauere es, wenn meine Worte eine derartige Auslegung zugelassen haben.

1. Der Vorstand des Wahlvereins erklärte: Gegen den Genossen Sellin liegt nichts vor, was ihn unwürdig macht, Ehrenämter der Partei zu bekleiden.

2. Die gegen den Genossen Goerke erhobene Beschuldigung, daß er die Spandauer Genossen beim Druck der „Laterna“ übertrug, ist nach seiner Richtung hin erledigt worden; im Gegenteil ist festgestellt, daß sich Genosse Goerke bei Berechnung des Druckpreises unter den ordentlichen Sätzen gehalten hat.

3. Nach der Erklärung, die Genosse Goerke abgegeben hat, steht seinem Wiedereintritt in den Wahlverein nichts im Wege, da mit Recht von ihm erwartet werden kann, daß er sich eines ähnlichen Verstoßes gegen die Parteidisziplin, wie in der Veröffentlichung seiner Broschüre erklährt werden muß, in Zukunft enthalten wird.

Diese Erklärungen wurden von den Genossen Sellin und Goerke unterchristlich erörtert und vom Vorstande einstimmig zugestimmt. Charlottenburg, den 30. Januar 1904.

Für den Vorstand des socialdemokratischen Wahlvereins Charlottenburg Curt Baake.

Zu der Angelegenheit der Kolonialkredite hatte die „Freisinnige Zeitung“ behauptet, daß der Nachtragsetzt zur Niederwerfung der Debetos schon in dritter Lesung erledigt sei. Da diese Angabe von Parteiblättern übernommen wird, stellen wir fest, daß die Angabe der „Freisinnigen Zeitung“ auf einem Irrtum beruht. Beide in Frage kommende Gesetze sind erst in zweiter Lesung erledigt.

Bei der Gelegenheit sei auch mitgeteilt, daß sich außer den bereits erwähnten Parteiblättern jetzt noch mehrere gegen die Stellung der Fraktion ausgesprochen haben. Ebenso wendet sich Genosse Barbus in einem längeren Artikel seiner Wp.-Korrespondenz gegen die Fraktion.

Der Genosse Otto Braun-Königsberg hat der dortigen Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß er sich in einer Heilanstalt befindet. Genosse Braun ist deshalb zur Zeit nicht in der Lage, Partei- oder Gewerkschaftsangelegenheiten zu erledigen, und da außerdem die Briefsperrung über ihn noch fort dauert und alle an ihn gerichteten Zuschriften dem Untersuchungsrichter ausgeliefert werden, setzen Parteigenossen die Erledigung ihrer Angelegenheiten umhänigen Verzögerungen aus, wenn sie sich damit an Braun wenden.

In der Buchhandlung der „Magdeburgerischen Volksstimme“ ist wieder einmal der „Waffenpiegel“ konfisziert worden, der seit Jahren durch gerichtliches Urteil freigegeben ist.

Bei der Gemeinderatswahl in Wald bei Solingen wurde an Stelle des verstorbenen altamtlichen Stadtorordneten ein Parteigenosse gewählt. Unsere Partei hat jetzt sieben Vertreter in dieser Gemeinde.

Socialistische Zeitung auf Martinique. Anfangs dieses Monats erschien auf Martinique die erste Nummer einer socialistischen Zeitung „Le Proletaire“, die von der socialdemokratischen Partei von Fort de France veröffentlicht wird. Die neue Zeitung, die jeden Sonntag erscheinen wird, tritt an die Stelle einer andern Zeitung mit dem gleichen Namen, die zu Saint-Pierre gedruckt wurde und gemeinsam mit der unglücklichen Stadt in der entsetzlichen Katastrophe von Martinique ihr Ende gefunden hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Centralverband der Zimmerer.

Die Jahrestelle Berlin und Umgegend hat über ihre Thätigkeit im Jahre 1903 einen Bericht herausgegeben, dem wir das Nachstehende entnehmen: Die Bautätigkeit im vergangenen Jahre war nicht geringer wie im Jahre 1902. In den ersten Monaten des Berichtsjahres wies das Baugeschäft fast in allen Städten Deutschlands normale Beschäftigung auf. Dagegen stellte sich ausgangs März in einer Reihe von Städten eine außerordentliche Flaute ein, die sehr nachteilig auf den Arbeitsmarkt wirkte. Die Ursache dieses Rückganges lag darin, daß im vorhergehenden milden Winter viel Bauarbeit fertiggestellt werden konnte, sowie in den hochgeschraubten Preisen des Baumaterials. In Berlin und in den Vororten herrschte in den Monaten April und Mai ein so hoher Grad von Arbeitslosigkeit, wie man ihn sonst zu dieser Zeit nicht gewohnt war. Diese unangenehme Erscheinung wurde noch gesteigert durch einen starken Zuweg auswärtiger Zimmerer nach Berlin und Umgegend. Im Juni legte die Bautätigkeit in vollem Umfange und mit großer Intensität ein, so daß die Nachfrage nach Zimmerern zeitweise das Angebot überstieg. Dieser Umstand war für die Gesamtorganisation aus infolge von großem Vorteil, als die streikenden und ausgesperrten Zimmerer aus Dresden, Bremen, Hannover und Kassel in Berlin Arbeit fanden. Obgleich laut Beschluß der Unternehmerorganisation Streikende aus andern Orten nicht eingestellt werden sollten, sind Maßnahmen aus diesem Grunde nicht vorgenommen. Im Oktober machte sich allmählich ein Ueberangebot von Arbeitskräften bemerkbar, jedoch im November und Dezember stieg die Bautätigkeit infolge der milden Witterung wieder dermaßen, daß sich Angebot und Nachfrage die Waage hielten.

Zu Anfang des Jahres begannen die Verhandlungen der Richter-Kommission über die Verlängerung des Tarifvertrages, welche dahin führten, daß der Tarif auf 2 Jahre verlängert wurde mit einem Stundenlohn von 67 1/2 Pf. für 1903 und 70 Pf. für 1904.

Die von den Unternehmern beschlossene Aussperrung der Reisenden wurde bei weitem nicht allgemein ausgeführt. Von 102 Arbeitgebern wurden 294 Verbandsmitglieder — die meisten für einen Tag — ausgesperrt, während sich 3924 Mitglieder an der Reise betheiligt hatten. Die Aussperrung erforderte 1127,25 M. Unterstützung, außerdem wurden 192 Arbeitslose mit 612,25 M. unterstützt.

Zum erstenmal beteiligte sich der Verband der Zimmerer, ebenso wie der Verband der Maurer an den Wahlen zum Gesellenauschuss der Innung, und zwar mit dem Erfolge, daß die Kandidaten des Verbandes einstimmig gewählt wurden. Den gleichen Erfolg hatten Wahlen zum Innungs-Schiedsgericht, an denen sich die Organisation gemeinsam mit den Verbänden der Maurer und Bauarbeiter zum zweitenmal beteiligten.

Die geschäftlichen Angelegenheiten der Organisation wurden erledigt in 7 Jahrestellen- und 237 Bezirksversammlungen, 11 Bezirksführer-Konferenzen und 22 Vorstandssitzungen, 11 Versammlungen

dienten der Belehrung der Mitglieder. Zum Zweck der Agitation für die Reichstagswahl gab der Verband ein Flugblatt in 4000 Exemplaren heraus. Durch das Verbandsbureau wurde 705 Mitgliedern Arbeit nachgewiesen. In 157 Fällen hatte die Verbandsleitung bei Differenzen auf Bauten eingegriffen, die größtenteils in befriedigender Weise erledigt wurden.

Die Arbeitslosen-Statistik, welche sich auf 2368 Mitglieder erstreckt und die ersten drei Quartale des Berichtsjahres umfaßt, weist 773 Arbeitslose nach. Davon waren 236 eine Woche, 151 2 Wochen, 98 3 Wochen, 86 4 Wochen arbeitslos usw. — 387 Mitglieder waren einmal, 214 zweimal, 85 dreimal, 49 viermal, 27 fünfmal, 7 sechsmal, 7 siebenmal und 3 achtmal in der Berichtszeit arbeitslos.

Die Mitgliederzahl zeigt eine erfreuliche Zunahme. Sie stieg im Jahre 1902 von 2419 auf 2545 und betrug in den vier Quartalen des Jahres 1903: 2684, 3104, 3306, 3343. Das ist eine Jahreszunahme von 924.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme auf von 84 612,68 M., eine Ausgabe (einschließlich des an die Hauptkasse abgelieferten Teils der Einnahme) von 70 058,44 M. Das Jahr brachte demnach für die Lokalliste einen Ueberschuß von 14 554,24 M., dazu den Kassenbestand aus dem Jahre 1902 im Betrage von 89 451,82 M., sowie Anteile am Berliner Gewerkschaftshause und am Charlottenburger Volkshause in Höhe von 1260 M., ergibt ein Vermögen von 55 252,56 M. Von den Ausgaben sei erwähnt, daß 1000 M. für den Wahlfonds, und 2120,25 M. für Streiks anderer Gewerkschaften, darunter 1020,25 M. für Grimmitzschau gezahlt worden sind.

Der vorstehend im Auszuge mitgeteilte Bericht lag bei am Sonntag abgehaltenen Delegiertenversammlung der Jahrestelle Berlin und Umgegend vor. An derselben knüpfte sich eine rege Diskussion, in der die Geschäftsführung des Verbandes einstimmig gutgeheißen wurde. Die hierauf vorgenommenen Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: W. Witt, erster Vorsitzender; F. Wellso, erster Kassierer; P. Reimann, erster Schriftführer; F. Schulze, zweiter Vorsitzender; H. Kube, zweiter Kassierer; A. Bergmann, zweiter Schriftführer; Kirchhoff, Meyer und Engelhard Revisoren; Kontroleur: F. Salewski, R. Knopf. Die bisherigen Mitglieder der Richter-Kommission wurden wiedergewählt. Die Versammlung billigte die von der Konferenz beschlossene Bewilligung von 500 M. für die Grimmitzschauer Weber. — Angenommen wurde folgender Antrag:

„Wird bei Streiks und Ausperrungen in andern Berufen die Jahrestelle Berlin und Umgegend von den betreffenden Organisationen um Unterstützung angegangen, so ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung zu gewähren in Höhe von 25 Pf. pro Kopf der sich im Auslande befindlichen Arbeiter. Weitergehende Unterstützung kann nur von der Jahrestellen-Versammlung beschlossen werden.“

Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß der diesjährige Maskenball am 20. Februar in der Brauerei Friedrichshain stattfindet und daß am 25. Februar eine allgemeine Mitgliederversammlung in Kellers Festsaal stattfindet, wofür der Reichstags-Abgeordnete Bebel über die Socialpolitik im Deutschen Reich referieren wird.

Zur Lohnbewegung der Einseger. In der stark besuchten Brandenburger Versammlung am Sonntag machte die Lohnkommission Mitteilung von dem Beschluß der Vaukschermeister, wonach diese am 5. Februar eine Kommission wählen wollen, die dann am 8. Februar mit den Vertretern der Einseger den Tarif durchzusetzen soll. Obwohl die Lohnkommission auch diesmal empfahl, den von den Meistern zur Beratung festgesetzten Termin abzuwarten, entschied die Versammlung anders. Die Mehrheit sah in dem Verhalten der Meister einen Trick zur absichtlichen Verschleppung der Tarifangelegenheit, ähnlich wie bei der Arbeitsnachfrage. Allgemein trat die Ansicht hervor, sich von den Meistern nicht so lange hinhalten zu lassen, bis die jetzige gute Konjunktur wieder vorbei sei; wäre es den Meistern wirklich Ernst mit den Verhandlungen, dann hätten sie schon längst in solche eintreten können. Die Versammlung beschloß daher mit großer Majorität, am Montag, den 1. Febr., von sämtlichen Arbeitgebern die unterschriebene Anerkennung des Tarifes zu verlangen und überall, wo diese verweigert werde, sofort die Arbeit niederzulegen.

Die Einseger haben gestern morgen den am Sonntag gefaßten Beschluß auf der ganzen Linie durchgeführt, indem sie sämtlichen Arbeitgebern den neuen Tarif zur sofortigen unterschriebenen Anerkennung vorlegten. Der Holzarbeiter-Verband meldet darüber: Bewilligt durch Unterschrift haben im Laufe des Tages 71 Firmen; anerkannt, aber nicht unterschrieben haben 19 Firmen. Somit arbeiten zu den neuen Bedingungen 525 mit Berechtigungsarten berechnete Einseger bei 90 Firmen. Nicht bewilligt haben 24 Firmen; bei diesen stehen 54 Einseger im Streik.

Lohnbewegung der Steinhauer. Am vorigen Jahre wurde den Steinhauern von ihren Arbeitgebern die Herabsetzung des seit 1900 in Geltung gewesenen Tarifs vorgeschlagen. Sie lehnten es jedoch ab, darauf einzugehen, und zogen es vor, ohne Tarif weiter zu arbeiten. Ein energisches Vorgehen gegen die Lohnreduzierung erwies sich als schlechtes Geschäftsgang wegen nicht empfehlenswerten. In Schlefien hatten die Steinhauer den reduzierten Tarif ebenfalls abgelehnt; dort kam es jedoch schließlich noch zu einer Einigung mit den Unternehmern, die sich freilich inzwischen als ziemlich wertlos für die Arbeiter erwiesen hat. Die schlesischen Steinhauer haben ihren neuen Tarif jetzt wieder, und zwar auf den 1. März gekündigt. — Die Steinarbeiter Berlins besaßen sich nur am Sonntag in einer Mitgliederversammlung, die im „Englischen Garten“ tagte, mit der Frage, ob es zweckmäßig ist, in diesem Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Referent Walter sprach sich dahingehend aus, daß eine Einigung mit den Arbeitgebern nur dann von Wert ist, wenn die Arbeitgeber sich auch in Schlefien mit den Steinhauern einigen, da sonst die Arbeiten nach dort vergeblich werden und der in Berlin eventuell erzielte Vorteil durch Arbeitsmangel vernichtet würde. Der Platzreferent hat sich dafür ausgesprochen, den Arbeitgebern den Tarif von 1900 wieder vorzulegen, dabei aber die Erhöhung des Stundenlohnes von 70 auf 75 Pf. zu verlangen. Diese Vorschläge wurden von der Versammlung gutgeheißen. Weiter wurde nach gründlicher Debatte beschlossen, zu fordern, daß bei Accordarbeiten ein Minimallohn von 30 Mark pro Woche garantiert werde. Die Accordlöhne sind in einzelnen Werkstätten so gedrückt worden, daß, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde, Wochenverdienste von 18 M., 15 M. und darunter vorkommen. Bei diesen ganz erbärmlichen Löhnen für eine Gesundheit und Leben schwer gefährdende Thätigkeit schien es der Versammlung doch zweckmäßig, sie überhaupt zu einer Garantierung eines Minimallohnes für Accordarbeiten zu kommen, diesen niedriger anzusetzen, als es dem Minimalstundenlohn entsprechen würde. Der Geschäftsgang im Steinhauerberufe hat sich im letzten Jahre gehoben, so daß eine Lohnbewegung aus diesem Grunde nicht aussichtslos erscheint. Zur Einreichung der Forderungen wurde eine Kommission von je den Personen gewählt, in welcher der Gesellenauschuss sowie die Ortsverwaltung vertreten sind.

Ueber den Streit aus Anlaß der Gewerbegerichtswahl in Schöneberg erhalten wir jetzt auch von centralorganisierter Seite eine Darstellung. Es heißt in derselben:

Das Schöneberger Gewerkschaftsartell, welchem 15 Gewerkschaften mit rund 2300 Mitgliedern angeschlossen sind, nahm rechtzeitig zu der vom hiesigen Magistrat veröffentlichten, die Gewerbegerichtswahl betreffenden Bekanntmachung Stellung und beschloß, daß die einzelnen Gewerkschaften in ihren Versammlungen ebenfalls dazu Stellung nehmen und die Adressen der eventuell vorgeschlagenen

Kandidaten an den Obmann des Artells bis zum 3. Januar abgeben sollten.

Kurz darauf, am 16. Dezember, fand eine persönliche Aussprache zwischen Hinrichsen, dem Obmann des lokalen Berliner Gewerkschaftsartells, und Henkel, dem Obmann des Artells in Schöneberg, statt, wo ersterem von Henkel erklärt wurde, daß die Lokallisten ihre Kandidaten nominieren und ihm bis zum 3. Januar Mitteilung darüber machen sollten. Am 20. Dezember erhielt Henkel von Hinrichsen ein Schreiben, worin mitgeteilt wurde, daß die lokalen Gewerkschaften den Zimmerer W. Schäfer als Kandidaten vorschlugen. Eine am 3. Januar stattgefundene Sitzung des Gewerkschaftsartells nahm zu den Vorschlägen der Gewerkschaften wie auch zu dem Schreiben der lokalen Gewerkschaften Stellung. Wie wohl selbstverständlich, wurde beschlossen, bei der Besetzung des Gewerbegerichts, wie bisher, möglichst allen Berufen Rechnung zu tragen. Da nun auf 15 Gewerbe nur 13 Bewerber entfallen, so mußten schon einige Berufe ausfallen. Nur ist aber die lokale Richtung unter den Schöneberger Gewerkschaften fast gänzlich ohne Bedeutung; in Frage käme vielleicht nur die Jahrestelle der Zimmerer mit etwa 120 Mitgliedern (die genaue Zahl können wir nicht angeben), während die Jahrestelle des Zimmererverbandes, die bisher im Gewerbegericht nicht vertreten war, 252 Mitglieder zählt. Wohl mit Recht beanspruchten die centralorganisierten Zimmerer ebenfalls eine Vertretung. Die Lokallisten hätten also nur auf Kosten ihrer centralorganisierten Berufsgenossen eine Vertretung erhalten können, oder aber es hätte eine andre Gewerkschaft, die bisher im Gewerbegericht vertreten war, auf die Ausfüllung ihres Kandidaten verzichten müssen. Da jedoch keine Gewerbeart auf ihr Recht verzichtete, wurde beschlossen, der am 6. Januar stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftsversammlung die endgültige Auffstellung der Kandidaten zu überlassen.

In der Versammlung am 6. Januar wurde von Henkel die Einleitung zur Auffstellung der Kandidaten gemacht. In unmittelbarer Anschluß hieran stellte ein Mitglied der lokalen Gewerkschaften den Antrag: „Die Versammlung möge beschließen, den Zimmerer Schäfer als Kandidaten aufzustellen.“ Hierüber entspann sich eine heftige Diskussion und wurde schließlich nach Annahme eines Schlußantrages dieser Antrag mit ca. 300 gegen etwa 45 Stimmen abgelehnt. Nun erst wurden sämtliche von den einzelnen Berufen vorgeschlagenen Kandidaten verlesen und mit der Mehrzahl angenommen. Es ist also völlig unklar, daß nicht über den Kandidaten der Lokallisten abgestimmt worden sei.“

Diese Darstellung giebt allerdings eine Erklärung für das Verhalten der centralorganisierten Gewerkschaften. Aber auch aus ihr geht zwingend hervor, daß man den bisher von den Zimmererleuten gestellten Bewerber lediglich deswegen durch einen andern ersetzt hat, weil derselbe lokal organisiert ist. Der heillose Streit um die Organisationsform ist es also tatsächlich gewesen, der hier wieder sonst auf einem Boden stehende Arbeiter veranlaßte, die Waffen gegen einander zu erheben. Dabei gehen in persönlichen Auseinandersetzungen beide Teile die Geneigtheit nach Einigung und Frieden zu erkennen, beide Teile sind aber auch gleicherweise überzeugt, die andre Seite wüßte dies nicht in dem Maße, wie man selbst es thut. Vielleicht läßt ein offener Hinweis darüber die Situation und bringt die streitenden Parteien einander näher. Im Interesse der Arbeiterbewegung ist das bitter notwendig.

Deutsches Reich.

Bergarbeiterstreik in Sicht.

Mit dieser Frage hatte sich eine am Sonntag in Oberhausen von ca. 1000 Belegschafts-Mitgliedern der Zeche „Oberhausen“ besuchte Versammlung zu beschäftigen. Vor drei Wochen hatte die Verwaltung der genannten Zeche durch Anschlag eine Arbeitszeitverlängerung sowie noch sonstige, die Interessen der Arbeiter schädigende Maßnahmen angekündigt. In einer stark besuchten Belegschafts-Versammlung wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, welche mit der Verwaltung zwecks Jurisdiction der angesprochenen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse verhandeln sollte, auch wor man sich einig darin, daß die Ablehnung der von der Verwaltung angekündigten Veränderungen in den Arbeitsbedingungen der Kündigung des Arbeitsverhältnisses gleich zu achten sei. Falls mithin die Verwaltung auf ihrem Standpunkt beharren würde, sämtliche Arbeiter mit dem 1. Februar sich als entlassen betrachten. In einer Versammlung am 17. Januar sprach man sich eingehend über die Angelegenheit aus. Die Vertreter der beiden Arbeiterverbände erklärten, daß unter den obwaltenden Umständen die Arbeiter einem Kampfe nicht aus dem Wege gehen könnten und werde event. die Gesamtorganisation den Kampfenden in weitgehendster Weise zur Seite stehen; es gelte hier, einen folgenreichen Schritt energisch entgegenzutreten. Würden die Arbeiter einer Zeche sich erst willig in eine Schichtverlängerung fügen, dann würden die übrigen Verwaltungen schnell folgen; aus der ehemaligen Aachstundenschicht sei heute schon eine neun- bis zehnständische geworden, die Arbeitszeit noch weiter ausdehnen zu lassen, dürfe man unter keinen Umständen dulden. — Wie verlautet, soll der Versuch der Verlängerung der Arbeitszeit auf Zeche „Oberhausen“ hauptsächlich nur das Präliminar sein zu einer gemeinsamen Aktion der Grubenmagnaten zwecks allgemeiner Schichtverlängerung. Mehrmalige Vorstellungen der gewählten Kommission bei der Verwaltung waren ohne jeden Erfolg, man ließ dabei der Direktion auch mitteilen, daß die Arbeiter event. am 1. Februar die Thätigkeit einstellen würden. Weitere Beschlußfassung sollte der für den 31. Januar anberaumten Versammlung vorenthalten bleiben. Man stand somit vor einer folgenschweren Entscheidung. Dabei konnte man sich im Verband darüber klar sein, daß aus einer allgemeinen Arbeitsniederlegung am 1. Februar schon aus rechtlichen Gründen nichts werden konnte. Sachlich ist selbstverständlich die Ablehnung einer Veränderung des Arbeitsverhältnisses einer Kündigung gleich zu betrachten, im vorliegenden Falle jedoch ein Formfehler vor, indem die Arbeiter durch einen Dritten (der Kommission) ihre Kündigung hatten auszusprechen lassen. Massentildigungen von einer oder mehreren Personen mündlich übermittel, sind aber nicht rechtsverbindlich. Unter solchen Umständen dürfte man auf den Verlauf der jedenfalls bedeutungsvollen Versammlung gespannt sein.

Diejenigen, die gehofft hatten, die Verwaltung würde den Arbeitern entgegen kommen, hatten sich getäuscht. Die Kommission konnte berichten, daß ihre Verhandlungen erfolglos waren. Die Verwaltung hat sogar für einen Schacht eine sofort eintretende Schichtverlängerung angeordnet. Auf dem andern Schacht soll es für den Februar noch bei der alten Arbeitszeit bleiben, dann soll für die Mittagschicht die Arbeitszeit um 1/4 Stunde, für die Nachtschicht um 1/2 Stunde verlängert werden. In der Versammlung machte sich eine sehr starke Strömung für Streiks bemerkbar. Wie auschweifend die Verwaltung an die Aenderung der Arbeitsverhältnisse denkt, geht auch daraus hervor, daß die Schichtzeit für Lampenputzer um vier Stunden verlängert werden soll. Die Vertreter der Organisationen gaben sich die größte Mühe, den Anwesenden den Ernst der Situation vor Augen zu führen. Den Vorschlägen entsprechend beschloß man nach langer Verhandlung, die gewählte Kommission zu verstärken; diese soll dann nochmals in Unterhandlungen mit der Verwaltung eintreten. Soweit die Arbeitszeit einzelner Belegschaften hinter der allgemein üblichen zurücksteht, will man in eine Verlängerung derselben um eine Viertel-

flurde einwilligen, unter keinen Umständen aber der Verwaltung noch mehr entgegen kommen. Es ist trotzdem nicht ausgeschlossen, daß auf dem Schachte, wo man plötzlich die Arbeitsverhältnisse ändern will, es nicht doch schon zum Streit kommt. Für die eine Sache kommen ca. 2500 Personen in Betracht. Falls es zu ernstlichen Konflikten kommt, wird die Bewegung aber kaum auf eine Sache zu beschränkt sein, da auch schon von anderen Seiten Klagen über Schichtverlängerung laut wurden.

Der Zuzug nach Hamburg ist für Kürschner und Zurechter streng fernzuhalten, da die Hamburger Kollegen noch immer in Unterhandlung mit ihren Arbeitgebern stehen, betr. Einführung eines neuen Lohn-tarifs, welchen dieselben als Antwort auf die 6 1/2 wöchentliche Aus-sperrung erhalten sollen. Darum, Kollegen, meldet Hamburg!

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Ortsverwaltung.

In Crimmitschau

ist nun endlich der Belagerungszustand aufgehoben. Die Amts-hauptmannschaft Zwickau und der Stadtrat zu Crimmitschau veröffentlichen folgende

Bekanntmachung.

Die von den unterzeichneten Behörden unter dem 4. Dezember vorigen Jahres erlassene Bekanntmachung, die Abhaltung von öffentlicher Tanzmusik und die Veranstaltung von Versammlungen und Aufzügen, sowie die Einführung einer Polizeistunde betreffend, wird hiermit wieder außer Kraft gesetzt.

Zwickau und Crimmitschau, den 30. Januar 1904.
Die königl. Amtshauptmannschaft. Der Stadtrat zu Crimmitschau.
Dr. Schnorr von Carosfeld. Bedmann.

Die Gendarmen bleiben noch in Crimmitschau.
Um die Mitglieder des Textilarbeiter-Verbandes vor der Rache der Fabrikanten zu schützen, hat der Verband die Filiale Crimmitschau aufgestellt. Die dortigen Mitglieder gehören namentlich dem Verbande als Einzelmittglieder an und brauchen als solche nicht mehr den Crimmitschauer Behörden gemeldet zu werden.

Die Zahl der Ausgesperrten soll sich jetzt nach Angabe der „Leipziger Volkszeitung“ auf 1900 belaufen.

Husland.

Zur Diamantarbeiter-Bewegung

Schreibt man uns vom Samnabund aus Amsterdam: In der heute abend stattgefundenen zweiten Mitgliederversammlung des Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Bundes, welche wiederum von 3000 Mitgliedern besucht war, wurde auch vor dieser die vom Bundesvorstande vorgeschlagene Resolution behandelt und schließlich zur Endabstimmung geschritten. Die Resolution wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die totale Stimmenzahl ist 5134, wovon sich 4845 für und nur 289 Stimmen gegen dieselbe erklärten bei 25 Stimmenthaltungen.

Verfassungen.

Eine polnische Volksversammlung, die von über 1200 Personen besucht war, füllte am Sonntagmittag den großen Kellerischen Saal. Die Versammlung war von dem polnisch-demokratischen Verein einberufen. Nach einer Vorlesung des Herrn Chwaliszewski über den Schriftsteller Wilkoński referierte Herr Runowski unter dem lebhaften Beifall der Versammlung über die angekündigte Versammlungs-gesetz-Novelle, welche den Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache (also vor allem der polnischen) in Versammlungen verbieten soll. Nach dem Referat wurde eine Protestresolution gegen die drohende Entrechtung zur

Abstimmung gebracht und angenommen. Unsere Genossen bemühten sich vergeblich, dem Bureau vorzulegen, daß man über die Resolution erst nach Schluß der Diskussion abstimmen dürfe. Als das Bureau aber entgegen allen demokratischen Formen sich von seinem Standpunkte nicht abbringen ließ, beteiligten sich die anwesenden Socialdemokraten überhaupt nicht an der Abstimmung. Dann begründete ein Mitglied des Bureau in scharfen, gegen die polnische Reichstags-Fraktion gerichteten Worten eine Resolution, in welcher die Versammlung ihr Bedauern der polnischen Fraktion ausspricht, da diese anlässlich der socialdemokratischen Interpellation über das russische Spitzelwesen in Preußen nicht das Wort ergriffen hat. Auch diese Resolution wurde — nach vorangehender Geschäftsordnungs-Debatte über den Zeitpunkt der Abstimmung — ohne Widerspruch angenommen. Schließlich sprach Dr. Jaknewski über das Verhalten der preussischen Regierung zur polnischen Jugend, über die belannten Akademiker- und Gymnasialprojekte und die feige Stellung der polnischen bürgerlichen Kreise, an denen die verfolgte Jugend keinen Anhalt finde in diesen Fragen. Eine diesen Ausführungen entsprechende Resolution wurde ebenfalls zum Beschluß erhoben.

Bis dahin hatten die Bureaumitglieder und ihre Anhänger die ganze Zeit in Anspruch genommen und erklärten nun, daß für die übrige Diskussion, zu der sich fünf Redner gemeldet hätten, nur eine halbe Stunde zur Verfügung stünde. Schließlich erhielt Genosse Georg Haase das Wort und ging nach einigen Bemerkungen über die preussische Polenpolitik und das Hammersteinische: „Wir haben zu befehlen und sie haben zu gehorchen“ mit den polnischen Besitzenden Klassen und der polnischen Fraktion scharf ins Gericht. Unter lautloser Stille der bis dahin durch die konfuse Geschäftsführung des Vorsitzenden erregten Versammlung erörterte der Redner, wie der Klassenegoismus der polnischen Magnaten alle Freiheitsbestrebungen des polnischen Volkes zu Schanden werden ließ und daß es der Klassenegoismus auch heute ist, der die polnische Fraktion von einer wirklich oppositionellen Politik, die das polnische Volk fordert, abhält. Der Redner erinnerte an die Wahl des Oberopportunisten und Oberagrariers Fürst Radziwili zum Vorsitzenden der polnischen Fraktion, an dessen Auspruch bei Beratung der Dreifacher Interpellation: „Wir haben Vertrauen zu dem Herrn Reichstagsler“, an dessen Teilnahme am diesjährigen Ordensfest, an die opportunistische Rede Starzynski im Reichstag, an die demütigenden Reden des Abg. Jazdzewski in der Subjekt-Kommission und im Landtag, an die unklare Haltung der polnischen Fraktion bei der Handelsvertrags-Interpellation, an das erbärmliche Schmeigeln der Fraktion anlässlich der socialdemokratischen Spitzel-Interpellation und an die mangelhaften Anträge im Reichstage. Die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen des socialdemokratischen Redners klangen in einer Resolution aus, die auf Grund vorgenannter Thatsachen sagt:

„Die polnische Fraktion hat auch im neuen Reichstag und Landtag ihre unterwürfig-opportunistische Haltung gegenüber der Regierung betwiesen.“

Wir verurteilen auf das energischste das Verhalten der polnischen Fraktion und fordern die polnische Bevölkerung in der Heimat und in der Fremde auf, sich unfremd Protest anzuschließen.“

Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Vorsitzende aber — der schon vor der Abstimmung außerhalb der Rednerliste gegen die Annahme sprach — erklärte nun in größter Verlegenheit, das Resultat der Abstimmung wäre zweifelhaft und ließ ohne Rücksicht auf die vorgemeldeten Diskussionsredner eine ganze Anzahl Herren gegen die Resolution sprechen, ohne die Gegenpartei zu Worte kommen zu lassen. Bei dieser „demokratischen“ Geschäftsführung wurde die Resolution bei wiederholter Abstimmung abgelehnt und die Versammlung geschlossen.

Schon zu Beginn der Versammlung sprachen die Einberufer derselben in scharfster Tonart gegen den hier erscheinenden „Ziemiński-Berlin“, der nicht einmal eine Annonce für die Versammlung veröffentlichte. Es wurde beschloffen, in Kürze eine spezielle Versammlung einzuberufen, die sich mit der Haltung des „Ziemiński-Berlin“ befassen soll.

Zu dem Versammlungsbericht über die Parteiversammlung des dritten Wahlkreises vom 28. Januar sendet uns der Genosse Krämer im Auftrage mehrerer Genossen folgende Ergänzung: Bei dem Bericht der Vertrauensleute lenkte er die Debatte auf die Vorgänge in der Parteiversammlung vom 29. Oktober 1903, in deren weiteren Verlauf es zu einer lebhaften Aussprache unter den einzelnen Genossen kam. Hierbei wurde von den unterzeichneten Genossen folgende Erklärung abgegeben:

Unterzeichnete haben sich durch das Verhalten des Vertreters des 3. Berliner Wahlkreises, Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine, in der Parteiversammlung am 29. Oktober vorigen Jahres, sowie die Unterbindung jeder weiteren Diskussion resp. einer Fortsetzung derselben und durch die herabsetzenden Angelegenheit gezwungen, ihr Amt als Bezirksleiter resp. Stellvertreter niederzulegen. Wilhelm Vörner, Gustav Müller, Albert Harndt, Ernst Tschernig, Julius Mittag, Gustav Schüge, Otto Krämer, Karl Thieme, Justin Braun.

Außerdem bittet der Genosse Krämer uns, mitzutheilen, daß der Bericht über die Thätigkeit der Prekommission von ihm in der Versammlung ebenfalls gegeben wurde.

(Wir haben von den oben mitgetheilten Vorkommnissen in der Versammlung deswegen keine Notiz nehmen können, weil unser Berichterstatter dieselben unerwähnt gelassen hatte. Tugend eine Veranlassung, die Mitteilung derselben etwa zu unterdrücken, lag bei der Redaktion nicht vor. Red. d. B.)

Marktpreise von Berlin am 30. Januar 1904

| nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums. | | | | | |
|---|-------|-------|--------------------------|------------|------------|
| Ware | Preis | Ware | Preis | Ware | Preis |
| Weizen, gut D.-Ctr. | 16,25 | 16,21 | Kartoffeln, neue D.-Ctr. | 7,00 | 5,00 |
| mittel | 16,17 | 16,13 | Rindfleisch, Steue 1 kg | 1,80 | 1,20 |
| gering | 16,09 | 16,05 | do. Bauch | 1,40 | 1,10 |
| Roggen, gut | 12,65 | 12,64 | Schweinefleisch | 1,60 | 1,00 |
| mittel | 12,63 | 12,62 | Kalbsteisch | 1,80 | 1,20 |
| gering | 12,61 | 12,60 | Hammelfleisch | 1,80 | 1,10 |
| Gerste, gut | 13,80 | 12,80 | Butter | 2,60 | 2,00 |
| mittel | 12,70 | 11,70 | Eier | 60 Stück | 5,00 3,00 |
| gering | 11,60 | 10,70 | Kartoffeln | 1 kg | 2,40 1,20 |
| Häfer, gut | 15,50 | 14,50 | Kale | | 2,80 1,40 |
| mittel | 14,40 | 13,50 | Rinder | | 3,00 1,20 |
| gering | 13,40 | 12,50 | Hefche | | 2,40 1,20 |
| Rübsstroh | 3,82 | 3,50 | Berliche | | 1,80 0,80 |
| Heu | 6,80 | 4,80 | Schleie | | 3,00 1,40 |
| Erbsen | 40,00 | 28,00 | Weite | | 1,40 0,80 |
| Speisebohnen | 50,00 | 26,00 | Rebhe | per Schock | 15,00 3,00 |
| Linfen | 60,00 | 20,00 | | | |

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Wolkenlage | Wetter | Temp. u. C. Tag u. N. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Wolkenlage | Wetter | Temp. u. C. Tag u. N. |
|-------------|-------------------|--------------|------------|--------|-----------------------|-----------|-------------------|--------------|------------|--------|-----------------------|
| Schwetende | 758 | DEO | 2bedekt | -4 | Saparanda | 767 | DEO | 2bedekt | -1 | | |
| Hamburg | 754 | DEO | 4bedekt | 1 | Petersburg | 769 | DEO | 1bedekt | -4 | | |
| Berlin | 756 | DEO | 3bedekt | -1 | Cost | 744 | DEO | 3had | 5 | | |
| Frankf.a.M. | 751 | DEO | 1bedekt | -2 | Aberdeen | | | | | | |
| München | 751 | DEO | 3bedekt | -2 | Paris | 752 | DEO | 3bedekt | -1 | | |
| Wien | 755 | DEO | 2bedekt | -3 | | | | | | | |

Wetter-Prognose für Dienstag, den 2. Februar 1904.
Ziemlich trübe mit leichten Schneefällen und mäßigen nördlichen Winden; Temperatur wenig veränderlich. Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Theater.

Dienstag, 2. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues königl. Opern-Theater.
La Traviata. (Bisetta).
Schauspielhaus. Kästige Schönheit.
Die Schule der Ehe männer.
Herbsthauber.
Denisches. Novella d'Andrea.
Berliner. Maria Theresa.
Kessing. Papststreit.
Wefen. Die blonde Helena.
Neues. Der Strom.
Rekdenz. Die Empfehlung. Der feuchse Calimir.
Central. Das Schwalbennest.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle Alliance. Der reichste Berliner.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Hörsaal: Dr. B. Donath.
Hermann v. Helmholtz.
Sternwarte.
Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen
Herkules-Brüder
Der Indianer-Riese
Alanko Karoo.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. Pörronge.
Mittwochabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Uriel Acosta.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstagabend 8 Uhr:
Vasantasena.
Drama in 5 Akten nach einer Dichtung des Königs Subhala. Frei bearbeitet von Emil Pöhl.
Mittwochabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Amf. 7 1/2 Uhr. Direction Joan Kron.
Dienstag, Donnerstag u. folg. Tage:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Mittwoch: Gastspiel Isadora Duncan.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 293.
Amf. 7 1/2 Uhr.
Heute Dienstag:
Der reichste Berliner.
Mittwoch: Der Hochtourist mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Donnerst. 3. erstmalig: Götterweibor.

Apollo-Theater.

Frühlingsluft

mit dem Blütenhochzeit.
Specialitäten-Debüt:
Granin, Jongleur.
3 Joscarys, kom. Akrobaten.
Stoiki mit neuem lustigen Repertoire.
Legay, Tänzer.
3 Zagas, Luftakt.
Martin Kettner mit seinen Schlagorn.
Messers Kosmograph.
Eröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.

Steidl-Theater

Linien-Oranienburger Thor.
strasse 132.
Kieserers Hof.
Das teure Vaterhaus.
Dramolet von Fritz Steidl.
Vollständig neues Programm.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37. Amf. 8. Sonntag 7 1/2.
Das neue Februar-Programm.
Friedrich Vulcanus u.
Neu! Badefuren.
Wie einst im Mai.
Sonntagmorgen 4 Uhr: Der vertauschte Sohn.

Fröbel's Allerlei-Theater

H. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Insaber: Wilhelm Fröbel.
Großer humoristischer Abend der Harburger Sängerkorps.
Extra-Familien-Programm.
Nach der Vorstellung: Frei-Tanz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Elektra.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die Doppelgänger-Komödie.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute:
Zum Köpfnickerstrasse 67.
Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30 Min.
GASTSPIEL
Ad. Philipp.
Ueberr grossen
TEICH.

Central-Theater.

Gente Jubiläums-Vorstellung!
Abends 7 1/2 Uhr: Zum 25. Male:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. R. Ordonnaeu.
Ruff von Henri Herlan.
Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.

Cirkus Schumann.

Debüt. Nur kurzes Gastspiel.
Einsig und allein dastehendes größtes Naturwunder der Jetztzeit.
Der Chimpanse Consul.
Die größte Lebenswürdigkeit.
Nicht allein durch seine Produktion, sondern auch durch sein vollständig menschähnliches Benehmen. Consul ist mit Begleitung im Monopol-Hotel, Friedrichstraße (König Schaurdt, Hoflieferant), abgestiegen. Consul ist daher ein richtiges Naturwunder, welches so bald nicht wieder gesehen werden wird.
Anherdem Niesenprogramm.

Herrn Jul. Seeths 25 Löwen.

Größte Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart.

Babel

Eine Wanderung durch 8 Jahrtausende.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Der Strom.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Minna von Barnhelm.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radiesehen!
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett.
Wie einmal im Monat Mal.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Unterstadtstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagmorgen: „Biscotto.“

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Foen-Palast.
Heute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:
Das Millionemädel.
Vorher Konzert und das großartige Februar-Programm.
Miss Philophidia, die Schlängentöchterin.
Leo Raffails, Duo-Landhaftsmaler.
Signora Ernesto mit ihrem mysteriösen Gesanten.
Mr. C. Jürgensen, Ränker.
Freitagabend 8 Uhr:
Ello-Vorstellung
Deborah.
Schauspiel in 4 Akten von Rosenthal.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli, Georg u. Popi Wagner.
Berioletti-Mollardo-Renas.
Zum Schluss: Die zweite Frau.
Nach der Vorstellung: Mittwochs, Sonnabends u. Sonntags: Tanz.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer
Stalanderstr. 1.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die relegierten Studenten.
Mittwochs: Opern-Gastspiel des Theaters des Westens: Der Freischütz.
Donnerstag: Die relegierten Studenten.
Freitag: Gastspiel Christians, Benedix Stauffen, zum erstenmal: Die goldene Eva.
Sonntag: Die goldene Eva.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Das bemooste Haupt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwochs: Keine Vorstellung.

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Da die Versammlung am Sonntag von der Polizei verboten wurde, findet am Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Wendts Leffsalen, Am Königsgraben Nr. 11a, eine öffentliche Versammlung der Fliesenleger Berlins und Umgegend statt.
Tages-Ordnung: 1. Protest gegen die Abmachungen der Freien Vereinigung (Plan) mit den Firmen Rosenfeld, Villeroy & Boch und Emil Ende. 2. Diskussion.
Der Vorstand der Freien Vereinigung ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.
Die Fliesenleger sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Einberufer:
Franz Wegner, Vertretungsmann der Fliesenleger Deutschlands.

Englisch. Unterricht

im und außer dem Hause
(Eingel- oder im Cirkel) erteilt 28112*
G. Swienty geb. Liebknecht,
Schöneberg, Sedanstraße 67, III

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
 Zum 43. Male:
Aus den Alpen.
 Bemerkenswert:
 Des Wilderers Schuld und Sühne.
Der Automobilsturz.
 Hr. Richard Sawade
 mit seiner berühmten
Tiger-, Löwen- u. Bären-Dressur.
 Konf. Saffan aus Paris
Offene Schleiße
 8 Meter Sprung.

Passage-Theater.
 Anfang Sonnt. 3. Wochentags 5 Uhr.
 Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
To To, Musik der mysteriösen
 vorgeführt von Fräulein
Fred Edlami,
 d. beste Verwandlungskünstler,
 schneller als der Blitz.
Eva Haller, Vortrage-
 Künstlerin.
Willy Prager
 prolongiert.
 14 neue erstklassige Nummern.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/49.
 Dienstag, den 2. Februar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Walzerkönig.
 Große Besetzung mit Gesang in 4 Akten
 von H. Mannstädt.
 Anfang 8 Uhr.
 Donnerstag: **Mutterliebe.**

WINTERGARTEN
 Neues Programm:
 „Pas des Deux“ getanzt von Sign.
 Fiorentini u. Sgr. Cerutti.
 Kaufmann-Truppe Weibl. Kadetten.
 Sisters Moulter Reckturnerinnen.
 Brothers Damm Excentric Akrobaten.
 Paul Batty Dressierte Bären.
 O' Neil und Torp Excentrics.
Dora Kepplinger Sängerin vom k. k.
 priv. Theater a. d. Wien.
Costantino Bernardi
 in einer Komödie mit 9 Personen
 v. Bernardi allein dargestellt.
 Georg Hartmann Zauberkünstler.
 Athleta & Brada Kraftproduktion.
 Cléo de Mérode
 Biograph.

Sanssouci.
 Rollinger Thor — Stat. der Hochbahn.
 Heute zum erstenmal:
**Ein Mann aus dem
 Volke.**
 Volkst. i. 5 Akt. v. Eilefius.
 Verfasser vom „Roland
 von Berlin“ usw.
 Sonntag, Montag,
 Donnerstag:
**Hoffmanns Nord. Sänger
 und Tanz.**
 Besondere Vorzugsl. günstig.

Etablissement Sagenhagen
 Moritzplatz.
 Am Kaiserhof:
Sänger-Ensemble
 „Nordsterne“
 unter Leitung d. Herrn
 Rudolf Schauss.
 Kaffeestunde 5 Uhr.
 Anfang 7, 7 Uhr.
 Entree 50 Pf.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkonditionen.
 In den unteren Sälen:
Geistl. Konzert und Vorträge.

Reichshallen
**Stettiner
 Sänger.**
 Anfang: 8 Uhr.
 Sonntag: 7 Uhr.

Gewerkschaftshaus
Grosses Konzert
 des Seifert'schen Ensembles f. vollstimmige Unterhaltung
 unter gest. Mithilfe, unter Leitung seines
 des Gesangsvereins „Viederlust“, unter Leitung seines
 Dir. Hrn. Breschinsky.
 Nach dem Konzert:
Tanz.
 Eintrittskarten a 50 Pf. inkl. Tanz, im Vorverkauf 40 Pf. i. d. Kasse.
 Rühle, Moritzplatz; i. d. Cigarrenhandlungen v. P. Horsch, Engel-Ufer 15 und
 Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40, sowie i. Restauration d. Gewerkschaftshauses, 1456b

H. & P. Uder, Berlin 50. 16.
 Tabakfabrik. 3959L.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in
Cigarren, Cigaretten,
 Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.
 Amt 4, 3014.

Achtung! Frauen! Männer!
 Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Raabe,
 Kolbergerstraße 23:
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bildung und Proletariat. Referent Stadtl. Genosse Hugo Heimann.
 2. Diskussion. Um recht zahlreichen Besuch bitten
 Die Vertrauensperson.

Charlottenburg.
 Donnerstag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3:
Volks-Versammlung.
 „Die Kulturschmach Preußens und die Socialdemokratie.“
 Referent: Genosse Dr. Alberty.
 Um zahlreichen Besuch bitten
 Der Einberufer.

Herrnfeld-
Theater. Sonntags
 8 Uhr. 7 Uhr.
 Die anerkannt erfolgreichste Komödie
Nur eine Nacht!
 2 Akte aus einer Ehe.
 Komödie von A. und D. Herrnfeld
 mit den Hauptfiguren
 Willi Waldheim . . . Donat Herrnfeld.
 Tuschek . . . Anton Herrnfeld.
 Dambitsch . . . Ferd. Grünecker.
 Ferner: Das neue Februar-
Künstler-Programm.
 Lyrico-Quartett, Stalinsches Opern-
 Ensemble, 5 Schwestern Longonelli
 in ihren Orig.-Gesängen u. Tänzen.
 Hanka Freya. — Hilda Städtgen.
Neu! Neu!

Bendix
 als „Monna Vanna“.
 Vorverkauf 11—2 Uhr.

Neues Parzellierungsterrain!
 2 1/2 Meilen v. Centrum Berlins.
Mark pro Rate!!
 Straßenland gratis, feinstes
 Gartenboden, herrliche, gesunde
 Lage, verl. Schulz, Rixdorf,
 Lennaustr. 12, Burkhardt, Ober-
 Schönholz, Siemensstr. 9. *

Stoff-Reste
 für Herrenanzüge, Paletots usw.
spottbillig.

Tuchfabrik-Niederlage
 Berlin C., Rosstrasse 2
Koch & Seeland.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
 Leibbinden, Gasaehältern, Spritzen,
 Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
 zur Krankenpflege.
Eigene Werkstat.
 Lieferant: Dr. v. Hübsch-Kranienlauffen
 Berlin C.,
 30. Finien-Straße 30.
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
 Pelotten, angenehm und weich
 am Körper. 38252*

Kranz- und Blumenbinderei
 von **H. Rodewald,**
 Alexandrinenstrasse 1a.
 Kränze mit Widmungsschleifen,
 Kränze zu Jubiläen, Souvenirs,
 Zopfgewächse jeder Art zu preiswert.
Kranz- und Blumenbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Straße 2.
 Vereinskränze, Palmen- u. Blumen-
 Arrangements, Bouquets, Gaielanden
 usw. werden fein u. preiswert geliefert
 Wilhelm Giewes Etablissement
 „Süd-Ost“
 Waldemarstrasse 75.
 Jeden Dienstag, Donnerstag
 und Freitag: 41302*

Großer Bod.-Jubel.
 Freil.-Konzert
 der beliebten Baumann-Kapelle.
 Anfang 8 Uhr. Entree frei.

Gewerkschaftshaus
 (gr. Saal), Sonntag, den 7. Februar,
 abends 7 Uhr:
Grosses Konzert
 des Seifert'schen Ensembles f. vollstimmige Unterhaltung
 unter gest. Mithilfe, unter Leitung seines
 des Gesangsvereins „Viederlust“, unter Leitung seines
 Dir. Hrn. Breschinsky.
 Nach dem Konzert:
Tanz.
 Eintrittskarten a 50 Pf. inkl. Tanz, im Vorverkauf 40 Pf. i. d. Kasse.
 Rühle, Moritzplatz; i. d. Cigarrenhandlungen v. P. Horsch, Engel-Ufer 15 und
 Gottfr. Schulz, Admiralsstr. 40, sowie i. Restauration d. Gewerkschaftshauses, 1456b

H. & P. Uder, Berlin 50. 16.
 Tabakfabrik. 3959L.
 Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in
Cigarren, Cigaretten,
 Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.
 Amt 4, 3014.

Achtung! Weissensee. Achtung!
 Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
 in Weissensee im Prälaten, Lehderstr. 122.
 Tages-Ordnung: „Unsere Waffen im Befreiungskampfe
 des Proletariats“. Diskussion. 105/12
 Um zahlreichen Besuch bitten
 Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.
 Mittwoch, den 3. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 für Süd-Osten, Süden und Centrum
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal I:
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Max Grunwald über: „Deutschlands
 Stellung in der Weltwirtschaft“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegen-
 heiten und Verschiedenes.

Bezirks-Versammlung
 bei Wernau, Schwedterstraße 23—24.
 Tages-Ordnung:
 1. Die letzten Vorkommnisse in der deutschen Gewerkschafts-
 bewegung. Referent: Kollege Pawlowitsch. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Arbeitervertreter-Verein.
Versammlung
 am Donnerstag, den 4. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr, im
 Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Eine Mitteilung des Vorstandes betreffs der in der letzten Versamm-
 lung gestellten Anfrage. 2. Bericht über die Tätigkeit der Schiedsgerichts-
 Beisitzer. Berichterstatter Kollege G. Albrecht. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt.
 NB. Den Schiedsgerichts-Beisitzern wird es besonders zur Pflicht ge-
 macht, vollständig zu erscheinen.
 Der Vorstand. A. K.: F. Pieschel, Vorsitzender.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
 (Filiale Berlin).
 Mittwoch, den 3. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20.
 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Der
 bevorstehende Deputationsausflug nach Kassel und Wahl von zwei Delegierten
 zu demselben. 3. Anträge und Bekanntmachungen der Ortsverwaltung.
 Die Mitglieder aller Branchen werden ersucht, zahlreich und
 pünktlich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne das-
 selbe oder mit unvollständlichem Rückstande ist der Eintritt nicht
 gestattet! [162/3]
 Die Ortsverwaltung.

Vollständige Jahrgänge
 diverser Zeitschriften
 verleiht billig 38022
Journal-Lesezirkel
Ger mann,
 SW., Solmsstraße 44.
 Abonnements von 30 Pfennig an
 pro Woche. — Trospelt gratis.

Cotillon-
 Ball-, Karneval-,
 Hockbierfest-
 Artikel-Fabrik
Paul Schimliek,
 SW. 68, Lindenstr. 79
 neben dem „Süd-Ost“.

5 1/4 Pfund Brot
 50 Pf.
Albrechts Bäckereien:
 Dröngelstraße 9, Krautstraße 19,
 Goldschmidtstr. 28, Paulsenstr. 2,
 Rasthaller Bäckerstr., Stand 222/23,
 Rasthaller Andreasstr., Stand 16/18.
Apotheke z. goldenen Adler
 Alexandrinenstr. 41.
Hämorrhoidallikör
 a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.
Dr. Simmel, Prinzen-
 Str. 41,
 Spezialarzt für [70/15]
Haut- und Harnleiden.
 10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Socialdemokratischer Verein
 im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Mittwoch, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 bei Leydecker, Sophienstr. 34.
 Tages-Ordnung:
 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Bericht der Presb., Lokal- und
 Agitationskommission. 3. Wahl des gesamten Vorstandes. 4. Partei- und
 Verbandsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um zahlreichen und zahlreichen Besuch erwarten
 245/2*
Der Vorstand.
 Die Geschäftsstellen des Vereins befinden sich bei: Wendland, Parteien-
 burgerstr. 32; Richter, Neue Adlonstr. 10; Reul, Barnimstr. 42; Knötsch,
 Dürrenstr. 10; Wirth, Auguststr. 51; Wittchow, Chausseestraße, Ecke Kleine
 Hamburgerstraße; Wissa, Luisenstr. 20.

Socialdemokratischer Wahlverein
 für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale von Wernau, Schwedterstraße Nr. 23/24:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Bartels. 2. Dis-
 kussion. 3. Verschiedenes. 246/7*
 Um zahlreichen Besuch laden ein
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Mittwoch, den 3. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.

Westen und Süd-Westen: in Habels Brauerei,
 Bergmannstr. 5—7.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Ver-
 trauensleute. 3. Verschiedenes.
Moabit: bei Joersch, Turmstr. 84.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner.
 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe,
 Kolbergerstr. 23.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Ver-
 ständ-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
 bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Ver-
 bands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Osten u. Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein. — Buch und Karte legitimiert.
Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
 Tages-Ordnung: 1. Werkstatt- und Verbands-Angelegenheiten. 2. Ver-
 schiedenes.
Süden: bei Doberstein, Wassertorstr. 68.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Obmanns und der Vertrauensleute.
 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Branchen der Modell-Fabrikantischer
 bei Dieke, Alterstraße 123.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands-Angelegen-
 heiten. 3. Verschiedenes.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Musikinstrumenten-Arbeiter
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (Saal V).
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchen-Angelegen-
 heiten. 3. Verschiedenes.
 NB. Da in dieser Versammlung die neuen Vertrauensmänner-Karten
 ausgeben werden, so ist es Pflicht der Kollegen dafür zu sorgen, daß ihre
 Werkstatt vertreten ist.
 Die Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß in der Versammlung
 die Billets vom Weihnachtsvergügen abgerechnet werden müssen.
Drechsler.

Osten: bei Matthes, Kopenstraße 41.
Norden: bei Lietzke, Brunnenstraße 41.
Südosten und Westen: bei Stramm, Ritterstraße 123.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Differenzen.
 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein; auch die in Tischlereien beschäftigten
 Drechsler haben einen Delegierten zu entsenden.
Bezirk Friedrichsberg-Friedrichsfelde:
 im Lokale des Herrn Lutterbüse, Friedrichsstraße Nr. 11.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstatt-An-
 gelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Stock- und Celluloid-Arbeiter.
 Mittwoch, den 3. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Bareins,
 Bräudenstraße 7.
Bilderrahmenmacher.
 Umständehalber findet die
Vertrauensmänner-Versammlung
 heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr, bei Stramm, Ritterstr. 123, statt.
 Sämtliche Werkstätten müssen vertreten sein.
 Der Obmann.
 Mittwoch, den 3. Februar 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-
 hause, Engel-Ufer 15:
Branchen-Versammlung
 der in der
 Telefon-, photographischen, chirurgischen etc. Branchen besetz. Tischler.
 Tages-Ordnung: 1. Branchen-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Rosenthaler- und Schönhauser Vorstadt.
 Der **Maskenball** unseres Bezirks findet am Sonn-
 abend, den 13. Februar, in den Borussia-Sälen, Völkstr. 6—7, statt.
Achtung! Achtung!

Verein der Einsetzer Berlins u. Umg.
 Das Bureau des Vereins befindet sich bei Curran, Wassmann-
 strasse 6. Geöffnet von 7 Uhr abends ab. — Die Mitglieder des
 Vereins haben unterschriebene Tarife dort abzuliefern und Arbeits-
 berechtigungskarten in Empfang zu nehmen. 285/20
Der Vorstand.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 6. Wahlkreis! Die Wahlvereins-Versammlung findet nicht wie in dem Interat der Sonntagsnummer irrtilmlich angegeben ist am Donnerstag, sondern heute abend statt. Der Vorstand.

Wilmersdorf, Mittwochabend 8 1/2 Uhr halt der Wahlverein bei Witte, Berlinerstr. 40, eine Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Sedekum referiert. Außerdem erfolgt die Bericht-erstattung von der Generalversammlung des Kreises. Auf zahl-reichen Besuch wird gerechnet.

Konowweg. Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Otto Hieme, Ball-straße, Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäfts-liches. 2. Kommunale Angelegenheiten. 3. Vespredung über die bevorstehenden Gemeindevorsteher-Wahlen. 4. Aufstellung von Kandidaten hierzu für Konowweg und Neundorf. 5. Ver-schiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Hermesdorf, Mittwoch, 3. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Dims (Korfbau), Anguste-Victoriastraße, Vollsversammlung. Tagesordnung: Vortrag eines Reichstags-Abgeordneten über die bevorstehenden Gemeindevorsteher-Wahlen. 2. Diskussion. Da es die erste öffentliche Versammlung hier ist, wird ersucht, für guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Der Einberufer.

NB. Die Genossen werden gebeten, am Dienstagabend zur Handzettelverteilung zur Stelle zu sein.

Lokales.

Sonntagshelligung und Versammlungsrecht.

Am Sonntag, vormittags um 10 Uhr, sollte im Wendischen Saale Am Königsgraben eine Kleinenleger-Versammlung togen. Der Einberufer hatte eine öffentliche Versammlung angemeldet und wohl nicht daran gedacht, daß seit einigen Jahren in Berlin eine Polizeiverordnung besteht, welche die Abhaltung öffent-licher Versammlungen am Sonntag vor 12 Uhr mittags nicht gestattet. Die Versammlungsbefucher, welche auf Grund der An-klündigung kamen, wurden durch einen vor dem Lokal postierten Schupmann zurückgewiesen und damit war der Polizeiverordnung Genüge geschehen.

Hier ist wieder eines jener kleinen Mittel zur Anwendung ge-kommen, welche das Versammlungsrecht in seinem Gebrauch für die Arbeiter einschränken. Die Gewerkschaften haben zwar kein allzu großes Interesse an der Abhaltung öffentlicher Versammlungen, da sie ihre Angelegenheiten zumeist in Mitglieder-versammlungen erledigen, auf die sich das polizeiliche Verbot nicht erstreckt. Inwiefern kann der Fall eintreten, daß die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung am Sonntagvormittag aus be- stimmten Gründen erwünscht ist. So war es auch in dem vor- liegenden Falle. Es sollte eine Angelegenheit erörtert werden, bei der man die Anwesenheit möglichst vieler Berufsgenossen ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit wünschte, und dazu hielt der Einberufer gerade den Sonntagvormittag für die geeignetste Zeit. Dem stand aber die Versammlungsordnung entgegen.

Das Verbot öffentlicher Versammlungen im Interesse der Sonntagshelligung ist so grundlos, wie ein polizeilicher Eingriff in die Versammlungsfreiheit nur sein kann. Daß Vereinsversammlungen die Heiligkeit des Sonntages nicht beeinträchtigen, darüber ist auch die Polizei nicht im Zweifel. Warum soll denn aber eine öffentliche Versammlung, die sich doch in ihrer äußeren Erscheinung nicht im geringsten von einer Vereinsversammlung unterscheidet, den Sonntag entheiligen? Man wird vergebens nach einer Beantwortung dieser Frage suchen. So wenig das Verbot in den tatsächlichen Verhältnissen einen Grund findet, ebenso wenig ist es rechtlich begründet. Das Versammlungsrecht ist durch besonderes Gesetz geregelt, und die Polizei darf nicht durch Verordnungen, welche sich auf ihre allgemeinen Befugnisse stützen, in dies Recht eingreifen. Das ist der Standpunkt des Kammergerichts, welches schon vor Jahren Urteile gefällt hat, nach denen solche Sonntags-Verordnungen, wie die hier erwähnte, rechtswidrig sind. Trotzdem besteht die Verordnung fort und sie wird gelegentlich ohne be- rufung Grund als kleines Mittel gegen das Versammlungsrecht in Anwendung gebracht.

Die Kosten der städtischen Straßencleaning werden und zwar besonders in den Wintermonaten durch die Witterungsverhältnisse wesentlich beeinflußt. So sind z. B. in den letzten 24 Jahren von der Stadtgemeinde wiederholt Ausgaben für Schneefahrt im Be- trage von 500 000 M. und darüber — einmal sogar von nahezu 900 000 M. — geleistet worden, während die zur Verrückung der Schneemassen eingesetzten Hilfsarbeiter nicht selten Beträge von 100 000 M. und darüber — im Jahre 1904 sogar 234 134 M. er- fordereten. Im vorigen Winter (1902—1903), der uns nur wenig und unbedeutende Schneefälle gebracht hat, war nur ein Kosten- aufwand von 84 268 M. für Schneefahrt und von 22 608 M. zur Vöhmung der Hilfsarbeiter erforderlich. Jeder dieser Arbeiter erhielt einen Tagelohn von 2,60 M.

Submissionen. Von zwölf Tischlermeistern sind bei der Ausschreibung der Lieferung für die Fenster der Gemeinde-Doppelschule in der Greifenhagenstraße recht verschiedene Gebote ab- gegeben worden. Die Firma Jahn verlangte 21 938 Mark und Gebrüder Paul nur 16 188 Mark, d. h. rund 25 Proz. weniger.

Die Opfer des Berliner Straßenverkehrs. Die Zahl der im Monat Januar im Straßenverkehr Berlins schwerverunglückten Per- sonen hat gegen den Vormonat wiederum einen, wenn auch nur kleinen Rückgang erfahren. Es kamen im ganzen 51 Personen zu Schaden gegen 54 im Dezember, von denen 8 ihr Leben einbüßten. Von den tödlichen Unfällen entfallen diesmal drei auf den Betrieb der Stadt- und Ringbahn, einer (Selbstmord) auf denjenigen der Großen Berliner Straßenbahn. Ein Mann, der auf der Plattform eines Straßenbahnwagens stand, wurde von der Deichselstange eines vorbeifahrenden Lastwagens tödlich am Kopf getroffen. Zwei Personen wurden durch Lastfuhrwerke und eine durch die Räder eines Geschäftsfuhrwerkes getötet. Von den 43 schweren Unglücks- fällen ereigneten sich 17 beim Lastfuhrverkehr, 7 im Verkehr mit Geschäftsfuhrwagen; je zwei wurden durch Automobile und Radfahrer und einer durch einen Omnibus verursacht. In Betriebe der Charlottenburger Straßenbahn verunglückten zwei, in demjenigen der Großen Berliner Straßenbahn 12 Personen, von welchen nicht weniger als 10 durch Ab- resp. Aufspringen auf in der Fahrt befindliche Wagen zu Fall kamen.

Statistik über Nachhilfsstunden. Interessante statistische Er- hebungen sind am gestrigen Tage in sämtlichen höheren Lehranstalten Berlins angestellt worden. Auf Grund einer Ministerialverordnung sollen Feststellungen über die Häufigkeit der Schüler in höheren Lehranstalten gewonnen werden und ist zu diesem Zweck zu ermitteln, wieviel Kinder Nachhilfs- stunden erhalten. — Bei der Feststellung soll gleichzeitig Material darüber gewonnen werden, inwiefern angestellte Lehrer Nachhilfs- stunden erteilen. Es wird deshalb ermittelt, ob die Kinder den Hilfsunterricht von Studenten, von ihrem eigenen Lehrer, dem Lehrer einer anderen Klasse der gleichen Schule, oder dem Lehrer einer fremden Schule erhalten. — Die Fragestellung lautet auch ferner dahin, ob die Kinder wegen schlechter Hausaufgabe, wegen

vorhergegangener Krankheit, oder aus welchen sonstigen besonderen Gründen den Unterricht empfangen und in welchen Fächern. — Gänzlich außer Berücksichtigung bei den statistischen Erhebungen bleibt der Nachhilfe-Unterricht bei Kindern durch unbegabte Lehrkräfte, wie Brüder, Eltern oder sonstige Verwandte.

Nicht normale Normaluhren. Der Bericht über die Leistungen der Berliner Normaluhren, den der Direktor der Sternwarte, Geheimrat Dr. Förster, wohl zum letzten Male erstattet, äußert sich sehr befriedigt über die Uhren vor dem Kammergericht und am Hackeisen Markt, die bis auf einige Zehntel-Sekunden mit der Zentraluhr der Sternwarte übereinstimmen. Auch die Leistungen der Uhr am Spittelmarkt dürfen noch als be- friedigend gelten, bei allen übrigen Normaluhren treten zeitweise Störungen auf, welche auf Nebenkräfte in den Stabverbindungen zurückzuführen sind. Die Unregelmäßigkeiten betreffen nicht nur die Sekundenangabe. Am Schlusse des Berichts spricht der scheidende Direktor die Hoffnung aus, daß es im Laufe dieses Jahres gelingen möge, zu einer neueren und völlig gesicherten Ge- staltung der Regulierungseinrichtungen für die Sekundenuhren zu gelangen. Dazu gehören vor allem neue, vervollkommnete Aebel, welche voraussichtlich demnächst die für den U h o w - P l a z geplante Normaluhr erhalten wird.

Die Schwedebahn definitiv abgelehnt hat in ihrer letzten Sitzung die Hamburger Bürgerchaft (Stadtvorordneten-Versammlung) mit 90 gegen 41 Stimmen. In der Debatte resümierten die Staats- rathgeber ihr Gutachten nochmals dahin, daß die beiden vorliegenden Projekte von Siemens u. Halske bezw. der Kontinentalen Gesell- schaft in Nürnberg sich hinsichtlich der Kosten annähernd gleich stellen, verkehrsmäßig aber sei das Schwedebahnprojekt minder- wertig. Das letztere gelte namentlich in Rücksicht auf das Funktionieren der Schwedebahn-Weichen und die allgemeine Betriebs- sicherheit. Das Gutachten der hannoverschen Professoren habe in technischen Kreisen keine gute Aufnahme gefunden. Hamburg werde sich nicht zum „Versuchsanfang“ hergeben. Der Senats- kommissar, Oberingenieur Vermehren, einer der bedeutendsten Verkehrsingenieure Deutschlands, wies darauf hin, daß die Ham- burger Stadt- und Vorortsbahnen in Wäde vier- gleisig ausgebaut und höchstwahrscheinlich auch elektrifiziert werden würden; die Bahnhöfe der Stadbahn (Siemens u. Halske) und der Eisenbahn könnten dann ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Die Uebergänge von der Schwedebahn zur Staats- eisenbahn hingegen würden sehr schwierig sein. Dies habe ein Mit- glied der königl. Eisenbahn-Direktion Altona in einer Konferenz be- stätigt. Auch Bürgermeister Dr. Mönckeberg sagte die Ueberzeugung des Senats dahin zusammen, daß das Schwedebahn-Projekt für Hamburg nicht brauchbar sei. Danach wurde der bezügliche Antrag, wie oben erwähnt, abgelehnt und der Antrag angenommen, eine neue Vorlage nach dem Stadbahn-System (Hoch- und Untergundbahn) zu fordern. Dabei soll die vom Senat vorgeschlagene Vorkaufnahme unter Berücksichtigung der lokalen Verhält- nisse einer nochmaligen Prüfung unterzogen werden.

Was das Berliner Schwedebahn-Projekt Gesund- brünnen-Rigdor anbetrifft, so verlaute, daß in den Kreisen der Aufsichtsbehörden die Sympathie für dies Projekt in letzter Zeit sehr erlahmt sei.

Einiges Ende. Bierzehn Tage hat der 34 Jahre alte Kolportagehändler Walter Werner aus der Charlottenstraße 9/10 tot in seiner Wohnung gelegen, bis man gestern die Leiche entdeckte. Der Mann wohnte ganz für sich allein und hatte auch keine Be- dienung. Vor vierzehn Tagen sagte er zu Bekannten, daß er in die Provinz reise, ließ aber dann nichts mehr von sich hören, während er sonst zahlreiche Postkarten gesandt hatte. Besuch, der hin und wieder kam, fand keinen Einlaß. Der Briefkasten war schließlich ganz gefüllt. Am Sonnabend wandte sich ein Gerichtsvolkzieher, der mit einer großen Forderung schon fünfmal an der Thür gewesen war, an den Hausverwalter, der aber auch keine Auskunft geben konnte. Gestern morgen ging endlich ein Bekannter Verners zur Revierpolizei, und als diese nun durch einen Schloffer öffnen ließ, fand man den Gefunden als Leiche auf dem Fußboden liegen. In der rechten Hand hielt er einen Revolver, aus dem er sich eine Kugel in die Schläfe geschossen hatte. Wahrscheinlich haben Schulden den Mann in den Tod getrieben. —

Einjam gefordern ist auch die 66 Jahre alte Witwe Wilhelmine Wieprecht geb. Schulz aus der Poststr. 22. Die alte Frau bewohnte für sich allein seit sechs Jahren ein Stübchen und sprach mit niemand im Hause. Wenn einmal eine Nachbarin sie fragte, was ihr Mann gewesen sei, so antwortete sie nur: „Hören sie auf, toag ist toag!“ Seit Dienstag war die Alte, die Armenunterstützung erhielt, nicht mehr gesehen worden. Als man am Sonnabendmorgen ihre Wohnung öffnete, fand man sie angedeutet tot auf dem Fußboden liegen. Ein Arzt, der gerufen wurde, konnte die Todesursache nicht feststellen; die Leiche wurde daher beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Ueber eine Weiber-Revolution auf der Krankenstation des städti- schen Obdachs berichtet die „Vollst.-Zeitung“ von gestern abend. Danach seien nachmittags auf dieser Station acht Fenster im ersten Stockwerk zertrümmert worden, Schemel und andre Utensilien auf die Straße gestogen. Diese Nachricht ist, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, fast übertrieben. Es handelt sich um zwei geschlechtskranke Mädchen, die glaubten, daß ihre Kur sei beendet und sie nun entlassen werden müßten. Da dies aber nicht geschah, wurden sie resistent und schlugen zwei Fensterhebel ein. Daraufhin erfolgte ihre Abführung in Arrest.

Um in den Kampf gegen die Verdrass zu ziehen, hat der noch nicht 16 Jahre alte Sohn Erich des Bureauvorstehers Schubert heimlich das Elternhaus, Nitterstraße 98, verlassen. Der bei einem Justizrat als Schreiber beschäftigte Jüngling las viele Kriegs- und Marinegeschichten, die ihm ein Freund besorgte. Er besaß keinerlei Ausweis-papiere, auch haben bereits alle Hafenbehörden sein Bildnis erhalten. Der jugendliche Durchdröner ist 1,60 Meter groß und schlank gewachsen, hat blondes Haar und graublau Augen und trägt einen schwarzen Winterüberzieher, einen braunen Jacketanzug, einen schwarzen Schlapphut und schwarze Schnürstiefel.

Von einem Schlächterwagen überfahren wurde gestern vormittag auf dem Opernplatz ein etwa 60jähriger Herr. Die Deichsel des Wagens traf den Unglücklichen vor die Brust, so daß er zu Boden stürzte und die Räder ihm über den Hals und das Gesicht gingen. Der Tod trat sofort ein und die Leiche wurde in das Schauhaus gebracht. Wie verlautet, ist der Tote ein Rentier aus einem Det bei Bremen, der erst gestern hier angekommen war, um sich Berlin anzusehen.

„Die Sache ist wieder richtig.“ Zwei alte Taschendiebe, die im Zuchthaus ergraut sind, hat die Kriminalpolizei wiederum verhaftet, den 69 Jahre alten Schneider Adolf Schäfer und den 3 Jahre jüngeren Drechsler August Rehmel. Schäfer hat 36, Rehmel 27 Jahre seines Lebens im Zuchthause zugebracht. Zu gleicher Zeit entlassen, hatten sie sich anfangs in einer Hilfsanstalt für entlassene Straf- gefangene ganz wohl gefühlt. Aber bald erwachte in ihnen doch wieder der Trieb zu der alten Beschäftigung und sie machten sich abermals zu gemeinsamer Arbeit auf. Die alten Sünder kannten die mit der Verfolgung der Taschendiebe seit langem beauftragten Ge- amten genau so gut, wie sie von jenen gelannt wurden. Sie nahmen sich daher sehr in acht und waren nicht leicht zu fassen. Erst als junge Weante vorgeschickt wurden, während sich die alten im Hintergrunde hielten, gelang es, sie unschädlich zu machen. In einer Straßbahn- haltestelle am Alexanderplatz hatte Rehmel die Aufgabe übernommen, die Fahrgäste anzurempeln und im Gedränge anzuhalten. Schäfer griff unterdessen in die Taschen und holte heraus, was er fand. Als er eben einer Dame das Portemonnaie weggenommen hatte, sprang

ein alter Beamter auf und nahm beide am Kragen. Ganz verdußt sah Schäfer ihn an und ergab sich mit den Worten: „Ach so, Herr Reumann, Sie sind wieder da, na, dann ist die Sache ja wieder richtig!“ in sein Schicksal. Der Beamte hatte ihn schon zweimal ins Zuchthaus gebracht. Die beiden Unverderblichen wurden wieder eingeliefert. Bei ihnen fand man noch ein braunes und schwarzes Bängelportemonnaie mit einem Zehnmars- und einem Zehnpfennigstück.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Berichte über die Gemeinde- rats-Sitzung zu Wilmersdorf muß es heißen, daß der Fortbildungs- Schulunterricht in die Stunden von fünf bis acht Uhr fallen soll und daß dieser Unterricht in Berlin von sieben bis neun Uhr ab- gehalten wird. Geseht waren die Stunden von 5 bis 9 Uhr für Wilmersdorf und von 7 bis 8 Uhr für Berlin. — In dem Artikel „Das Elterngrab“ ist auf Seite 23 herzlose Gefühlslosigkeit statt herzlose Gefühlslosigkeit zu lesen.

Feuer bei Siemens u. Halske. Sonntagnachmittag 4 1/2 Uhr kam auf dem Grundstück der Firma Siemens u. Halske in der Linden- straße 16/17 ein Brand aus, der beträchtlichen Schaden verursachte. Im Seiten- und Luergebäude des dritten Hofes hat die Firma Siemens u. Halske große Fabrikräume, in denen Maß- und Maß- apparate für elektrische Maschinen fertiggestellt werden. Große Posten von fertigen Apparaten waren auf Stellagen aufgeschichtet. Um 2 Uhr hatte der Wächter die Fabrikräume noch kontrolliert, ohne etwas Verdächtiges wahrzunehmen. Kinder, die auf dem Hofe spielten, sahen dann bald nach 4 Uhr einen roten Schein hinter den Fenstern des dritten Stockwerks und machten dem Förstner Mit- teilung davon. Dieser alarmierte scheinbar die Feuerwehr, die in wenigen Minuten mit mehreren Löschzügen zur Stelle war. Ueber eine mechanische Leiter hinweg verdrängte sich der Eingang in die total verqualmte Fabrik. Erst nachdem durch Einflügen der Fenster Luft gemacht war, konnte man das Feuer mit drei Schlauchleitungen erfolgreich angreifen. Wenn auch nach 1/2 stündigem Wassergerben die Gefahr beseitigt war, so hatte doch die Feuerwehr drei Stunden mit dem vollständigen Ablöschten und den Aufräumungsarbeiten zu thun. Die Entstehungsurache des Feuers konnte mit Sicherheit bisher nicht ermittelt werden.

Ein größeres Feuer brach gestern abend in der Branden- burgstraße 33 aus und beschäftigte die Wehr fast zwei Stunden. Dort befindet sich im Unergebäude am ersten Stock die Kistenfabrik von M. Bach, während darunter die Zuschneideräume liegen. Bald nach 9 Uhr schlugen nun plötzlich helle Flammen aus den Fenstern des ersten Stock; dichter Rauch erfüllte den Hof. Die in mehreren Zügen alarmierte Feuerwehr ging mit einer Schlauchleitung gegen den Brand vor. Sie erlöschte zwar die Flammen, die an Spähnen, Kisten, Kugelhölzern u. dgl. ruhend gefunden hatten, innerhalb einer halben Stunde, doch dauerten die Aufräumungsarbeiten noch lange Zeit, da der Fußboden und die Wallelage zum Vortretter- geschick vollständig freigelegt werden mußte. Der Brand soll an- geblisch durch einen Leimosen entstanden sein.

Im Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Dienstag, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Herr Privat- dozent Dr. H. Wehl seinen Vortragskursus über „Soziale Hygiene“. Der Kursus, der in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums stattfindet, umfaßt 6 Abende von je anderthalb Stunden. Eintritts- tarifen für den ganzen Kursus sind Preise von 1 M. und zu haben bei: Georg Weßing, W. Leipzigstr. 128; A. Schlig, O. Holzmarkt- straße 60; Chr. Tischendörfer, O. Sophienstr. 20; F. E. Lederer, W. Aurfürstenstr. 70; Bernhard Stoar, SW. Friedrichstr. 230; Centralstelle für Arbeiter- u. Wohlfahrtsvereine, SW. Dessauer- straße 14 (S. bis 3 Uhr).

Im Berliner Zoologischen Garten giebt es im großen Raubtier- haufe wieder ein reizendes Familienbild: eine 2 Jüwenmutter mit zwei allerliebsten kräftigen Jungen, die am 14. Dezember vorigen Jahres zur Welt gekommen sind. Wenn die miträuschle Alte auch ihre Sprößlinge noch vor den Blicken des Besuchers zu sichern sucht, so trabeln die täppischen Kinder doch schon recht eigenhändig aus der Wochensube heraus, um sich die Welt und ihre Bewohner anzusehen. Merkwürdigerweise zeigt nur ein Töchterchen die typische Fledermausform junger Löwen, das andre ist fast ganz ungesteckt. Wie alle Raubtiere kommen auch die jungen Löwen mit geschlossenen Augen und Ohren zur Welt; erst nach etwa 14 Tagen erlangen sie den Gebrauch dieser Sinnesorgane. Die Tragezeit beträgt etwa 120 Tage, die Zahl der Jungen eines Wurfs zwei bis vier. Die Vermehrung der Löwen ist demnach eine ziemlich beträchtliche.

Die „Herakliden“, die beiden Herkulesknaben in Costanz Panoptikum, bliden, trotz ihres kindlichen Alters, bereits auf eine recht bewegte und ungemein interessante Vergangenheit zurück. Seit mehreren Jahren befinden sie sich mit ihrem Impresario auf Reisen und haben namentlich dem für derartige Schauobjekte sehr empfänglichen russischen Volke längere Besuche abgestattet. Auf diesen ihren Wanderfahrten gelangten sie auch in die Steppen am Ural, zu den Kalmücken und Kirgisen. Der Khan oder Häuptling der letzteren nahm sie in besonders ehrfurchtsvoller Weise auf und wollte trotz aller Gegenbeschwörung nicht daran glauben, daß diese beiden Nischenanten gewöhnliche Menschenkinder aus fernem Landen; er blieb dabei, daß sie emstlichen Söhne des Dolai-Yama aus dem Tibet seien, der sie abgesandt habe, damit ihnen die Kirgisen Ehrfurcht und Unterwürfigkeit bezeigen sollten. Reich beschenkt vom Khan zogen Impresario und die beiden Knaben von dannen. Von hier aus gehen die „Herakliden“ demnächst nach Paris und dann zur Weltausstellung in St. Louis.

Aus den Nachbarorten.

Aus der Spandauer Stadtvorordneten-Versammlung. Eine aus- gedehnte Krankenkassen-Debatte gab es bei der Beratung des Krankenhaus-Gesetzes. Spandau erhebt, getreu seinem Grund- satz, nicht die mindeste soziale Einsicht zu betätigen, von den Mit- gliedern der hiesigen Krankenkassen, welche das städtische Krankenhaus aufzufuchen gezwungen sind, eine Verpflegungsgebühr von 3 Mark pro Tag, für die Mitglieder auswärtiger Kassen sogar 4 Mark. Hierbei tritt das Un glaubliche ein, daß Arbeiter, welche in Spandau seit Jahren wohnen und hier auch ihre Steuern zahlen, aber auswärts in Beschäftigung stehen und also auch einer aus- wärtigen Kasse angehören, völlig ort fremde den Personen gleich- geachtet werden und 4 Mark pro Tag an Krankenhaus-Kosten ent- richten müssen. Die hiesigen Urkassen, welche überdies durch eigne Schuld, infolge ihrer höchst unglückseligen Verpflegung (es bestehen hier für etwa 6000 Mitglieder acht Urkassen, D. B.) ein höchst kümmerliches Dasein fristen, suchen sich nun seit Jahren damit zu helfen, daß sie ihre der Krankenhauspflege bedürftigen, aber reisefähigen Mitglieder nach Krankenhäusern in Potsdam oder Konowweg schicken, woselbst der Verpflegungsatz zur Zeit nur 1,75 M. pro Tag beträgt. Das hiesige Krankenhaus steht dafür zu einem guten Teil leer; gegenwärtig, zu einer Zeit, wo alle Berliner Krankenhäuser stark überfüllt sind, sind hier noch circa vierzig Betten frei.

Bei den Ortsberatungen unternahm nun unsere Parteigenossen einen kräftigen Vorstoß gegen diese rückständige Socialpolitik der städtischen Körperschaften, indem sie die Herabsetzung der Verpflegungs- sätze auf den einheitlichen Betrag von 2,50 M. beantragten. Von bürgerlicher Seite wurde zwar die Notwendigkeit der Herabsetzung des Tarifs nicht bestritten, aber — man befürchtet, wenn nun auch die hiesigen Kassen ihre Kranken dem hiesigen Krankenhaus überweisen, eine — Ueberfüllung; und dann möchte man — so folgern diese erleuchteten bürgerlichen Socialpolitiker weiter — einen neuen Pavillon bauen, dieser kostet viel Geld, und Geld haben wir für solche Zwecke eben nicht mehr übrig. Der

